

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

4. Woche für die Zeit vom 19. bis 25. Januar 1906.

Posen, den 30. Januar 1906.

B e r i c h t

über den Verlauf der am Sonntag, den
21. Januar d. J. in Posen abgehaltenen
sozialdemokratischen Protestversammlung.

Posen, den 23. Januar 1906.

Zu der Versammlung, welche im Saale des
Restaurateurs Sommer auf der Hedwigstraße stattfand,
hatten sich mehrere hundert Personen deutscher und
polnischer Nationalität eingefunden. Da der Saal
nur 400 Personen faßt, wurde, nachdem diese Zahl
in dem Versammlungslokal festgestellt war, weiteren
Personen der Zutritt verwehrt. Kurz nach 3 Uhr
nachmittags eröffnete der Einberufer, **Maler
Zielinski** (Mitglied des hiesigen sozialdemokratischen
Wahlvereins) die Versammlung. Auf der Tages-
ordnung standen 2 Punkte:

1. Protest gegen das Dreiklassen-Wahl-
system,

2. Diskussion.

Zum Vorsitzenden wurde **Restaurateur
Budzinski**, zum Schriftführer **Maler
Kominowski** und zum zweiten Vorsitzenden
Fischler Matuszewski von hier, — Mitglieder
des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins — ge-
wählt. Nach einer kurzen Ansprache **Budzinski's**
erhielt zunächst das Wort Schriftführer **Sremski** von
hier und hierauf Schneider **Bodewski-Hohenfalza**,
von denen ersterer in deutscher, letzterer in polnischer
Sprache über das Dreiklassenwahlsystem sprach. Die
Reden sind in dem nachstehenden Bericht des Polizei-
sekretärs Wietusch wiedergegeben. Da während derselben
und insbesondere bei der Erwähnung von den Maß-
nahmen zc. der Regierung fortgesetzt Zurufe, wie
„Pfui! — Gemeinheit — Schweinerei — swinstwo
(Schweinerei)“ laut wurden, wies ich den Vorsitzenden
darauf hin, daß ich genötigt wäre, die Versammlung
aufzulösen, falls diese Zurufe nicht unterbleiben würden.
Der Vorsitzende forderte die Versammelten hierauf auf,
derartige Zwischenrufe zu unterlassen. Seiner Auf-
forderung wurde Folge geleistet. Der zweite Punkt
der Tagesordnung „Diskussion“ fiel aus, offenbar weil
die Auflösung der Versammlung befürchtet wurde. Es
gelangte daher nur die nachstehend näher bezeichnete
Resolution zur Annahme, worauf **Budzinski** die Ver-
sammlten nochmals darauf hinwies, nach der
Versammlung ruhig nach Hause zu gehen und unter
keinen Umständen auf der Straße zu demonstrieren.
Die Genossen mußten wissen, daß die Polizei an diesem
Tage sogar mit Pistolen und scharfer Munition ver-

sehen sei. Diese Erwähnung rief in dem Saale großes
Getöse und Lärm hervor. Dem Vorsitzenden gelang
es nur mit Mühe wieder zum Worte zu gelangen und
die Versammlung alsdann mit einigen kurzen Worten
zu schließen. Obwohl ihr Verlauf zeitweise recht erregt
war, fand sich keine Veranlassung zu einem weiteren
polizeilichen Einschreiten. Die Versammlung erreichte
kurz nach 5 Uhr nachmittags ihr Ende. Die An-
wesenden verließen hierauf ruhig den Saal und ent-
fernten sich teils einzeln, teils in Gruppen in die
einzelnen Straßen. Flugblätter wurden in der Ver-
sammlung nicht verteilt.

Augustini, Polizeiaffessor.

Nachstehend folgen die Referate über die in der
Versammlung gehaltenen Ansprachen und Reden —
nach stenographischer Aufnahme.

Maler Zielinski eröffnete die Versammlung mit
folgender Ansprache: Vor allen Dingen ersuche ich
euch, sich still und ruhig zu verhalten, damit während
der Referate keine Störung vorkommt. Ich eröffne
die Versammlung.

Nachdem der **Restaurateur Budzinski** zum
Vorsitzenden gewählt worden ist, ergreift dieser das Wort:

Ich ersuche die Genossen die Kopfbedeckungen abzu-
nehmen. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß
jeder hier den Aufforderungen der mit weißen Binden
versehene Personen Folge zu leisten hat. Der Gang
bis zur Türe muß frei bleiben. Ich mache darauf
aufmerksam, daß sich jeder still und ruhig verhält, daß
er keine unnötigen Bemerkungen fallen läßt, damit wir
mit der Polizei nicht in Konflikt kommen. Das ist
nicht nötig. Also verhalten sie sich recht ruhig, damit
wir zeigen, daß wir würdig sind, diese Versammlung
abzuhalten.

Das Wort hat der Genosse **Sremski**.

Redakteur **Sremski** führte in seinem einstündigen
Referat (in deutscher Sprache) folgendes aus:

Er fordere nochmals die Anwesenden auf, sich
ruhig zu verhalten und keine Störungen zu verur-
sachen, wer Störungen verursachen wolle, der möge
sich entfernen. Es sei bekannt, daß für die Ver-
sammlung nicht von ihnen (den Sozialdemokraten)
Reklame gemacht worden, sondern daß sie von anderer
Seite erfolgt sei.

Die Grundlage einer jeden Verfassung sei das
Recht, daß sich die Bürger versammeln können, um
sich über die bestehenden Gesetze zu äußern. Auch sie
hätten heute eine Versammlung einberufen, wie sie in
ganz Deutschland stattfände, um sich klar zu machen,
welches Unrecht ihnen geschehe, in welchem Unrechte

sie lebten und daß bei der Stimmenabgabe zum preussischen Landtage infolge des Dreiklassenwahlsystems Tausende ihrer Stimmen nicht soviel an Gewicht besäßen, als wie die Stimme eines Millionärs, eines Reichen. Er — Redner — habe die Anwesenden darauf hinzuweisen, daß die Versammlung nur diesen Zweck habe, und deshalb müßte sich jeder darüber klar sein, was sie (die Sozialdemokraten) wollten. Sie wollten in ruhiger, sachlicher Weise über das gegebene Thema diskutieren, sie wollten sich klar machen, was für die Zukunft geschehen solle. Er meinte, eine dergartige Versammlung gebe noch keinen Anlaß, verschiedene Leute darauf aufmerksam zu machen, daß die Arbeiter demonstrieren wollten. Er mache die Versammelten auch darauf aufmerksam, daß sie alles meiden sollten, was auf der Straße Ruhestörungen verursachen könnte. Er bitte sie, sich auf dem Wege nach Hause ruhig zu verhalten und jedem Schreier, oder jeder der sie provozieren wolle aus dem Wege zu gehen, und die Betreffenden würden einsehen, daß ihnen die 8 Groschen auch nichts geholfen hätten. — Gemeint ist offenbar, daß von irgend einer Seite Provokateure bestellt worden seien. —

Redner betont dann im weiteren, daß der einzige Stand, der im Staate alles schaffe, der alle Werte hervorbringe, die zum Wohlstande und zur Existenz des Staates notwendig seien, die arbeitende Bevölkerung sei, daß auf den Schultern der Millionen der ärmeren Bevölkerung der Wohlstand des Staates ruhe (Bravo!), und fährt dann fort: „Und da bin ich auch der Meinung, daß diese Klasse auch das gleiche Recht haben müßte betreffs Vertretung ihrer Interessen, betreffs der Wahrnehmung ihrer Interessen und der Teilnahme an der Gesetzgebung. Ich bin auch der festen Überzeugung, daß, wenn der Staat sich einmal überzeugt davon, daß die Massen es haben müssen, daß die Massen es sind, die alles schaffen, die dem Staate die Grundlage geben, daß er es dann auch nicht wird vermeiden können, das gleiche geheime direkte Wahlrecht der ärmeren Bevölkerung zu gewähren. Ich bin fest überzeugt, daß einmal diese Zeit kommen muß, aber die Zeit können wir nicht bestimmen.“

Redner ging dann über auf die Völker des Altertums, die zugrunde gegangen wären, weil sie die ärmeren Volksklassen bedrückt und Sklaverei getrieben hätten, und fährt dann fort:

„Und wir sehen daselbe Beispiel im vorigen Jahre in Rußland, in dem Staate, wo ewige Finsternis der Sklaverei geherrscht hat, daß sich dort das Volk erhoben hat und einen solennen Protest eingelegt hat gegen seine Unterdrückung, und gekämpft hat für seine Freiheit. Denn, wer te Anwesende, den Kampf um die Freiheit, den braucht kein Führer zu schüren, den braucht niemand hervorzurufen, der entsteht von selbst wie eine Lawine, und wie diese nimmt er in seinen Kämpfen, auf seiner Tour alles mit sich. Diesen Kampf kann man nicht mit Waffen niederschlagen, man kann ihn nicht mit Polizeigewalt niedertrampeln, man kann ihn nicht zurückdrücken; er umfaßt von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat immer größere Massen, und er rollt bis er zum Ziele kommt. Und so können und müssen wir erwarten, daß diese Idee, die entstanden ist, ihren Fortgang findet. Und da nützen alle Maßnahmen nichts — das ist eine Kulturforderung, das ist ein Drängen nach vorwärts, das ist das Empfinden, daß wir in der Kultur vorwärts schreiten. Es ist eine Tatsache, daß es bis jetzt niemandem gelungen ist, in die Speichen des rollenden Rades der Zeit hineinzugreifen und es anzuhalten.“

Redner verweist in seinen weiteren Ausführungen auf England und Amerika, wo infolge der größeren Freiheit des Bürgers der Wohlstand des Landes, die

Kultur und Volksentwicklung in einer äußerst günstigen Weise entwickelt sei; er bespricht ferner die Wirkungen des Dreiklassenwahlsystems und führt hierbei folgende Beispiele an: „Nun ist es vorgekommen, daß ein Mann, der von der Unzucht Kapital gewonnen hat und mit Tausenden Millionen zusammengeammelt hat, daß solch ein Mann, wie z. B. ein Bordellwirt, als Staatsbürger 1. Klasse gewählt hat, weil er reich war. Und wir können dasselbe behaupten, daß z. B. ein Schnapsjude, der dadurch sein Vermögen zusammengeammelt hat, daß er die Menschheit gewissermaßen zur Trunksucht verleitet, daß er gewissermaßen in der Unmoral sein Gold schmiedet, daß diese Männer die erstklassigen Bürger sein können, dagegen die Tausende und Abertausende der ärmeren Bevölkerung nicht das Recht haben und nur als Bürger 3. Klasse gelten. Ferner ist es in Berlin vorgekommen, daß ein reicher Schlächtermeister, der durch die Lieferungen an Fleisch für den Hof reich geworden ist, in der 1. Klasse und der damalige Reichskanzler v. Caprivi in der 3. Klasse wählte. Sie sehen also, welches Unrecht darin liegt, daß Leute, die für den Wohlstand der Bevölkerung, oder Kultur, oder Existenz der heutigen Gesellschaftsordnung nichts geschaffen, deswegen nicht einmal den Finger krümmen gemacht haben — höchstens, daß sie mit der Scheere ihre Kupons abgeschnitten haben —, an die Gesetzgebungsmaschine ein viel höheres Unrecht haben als diejenigen Tausende von Arbeitern, die von Tag zu Tag mühselig sich abquälen, um die Existenz des Staates, um die Kultur zu fördern, denn jede Arbeit, die einer für die Allgemeinheit leistet, ist auch eine Kulturarbeit.“

Redner berührte im weiteren die Ostmarkenpolitik, die auch nicht zustande gekommen wäre, wenn die Zusammenkunft des Landtages der des Reichstages entspräche; er zitierte ferner den bekannten Ausspruch Bismarcks vom 28. März 1867, indem er das Dreiklassenwahlsystem als „ein elendes Wahlgesetz“ bezeichnete (worauf Psuirufe u. erfolgten) und fährt dann fort:

„Also Sie sehen, daß selbst der reaktionärste Bismarck dieses Wahlssystem verurteilt hat, daß wir also alle Ursache haben, dieses Wahlssystem auch zu verurteilen. (Bravo!) Nun fragt es sich, was wollen wir? Werte Anwesende! Auf die Frage gebe ich Ihnen die kurze Antwort: Wir wollen die Gleichberechtigung. Es soll uns das gewährt werden, was in allen anderen Staaten schon gewährt ist.“

Redner weist dann auf Österreich hin, wo infolge von Demonstrationen im vorigen Jahre die Regierung ein neues Wahlgesetz durchzuführen gewillt sei, das dem Volke die Gleichberechtigung gewähre, und fährt fort:

„Wir verlangen heute ebenfalls das gleiche geheime Wahlrecht, um unsere Klagen und Bedürfnisse richtig vertreten zu können, sie an der zuständigen Stelle anbringen zu können. Ja, wir verlangen auch, daß unsere Frauen das Wahlrecht haben sollen (Bravo!), denn auch sie sind mit tätig, denn auch sie schaffen Werke, die das alles, was der Staat besitzt, bedeuten. Sie gebären ja die Kinder, die später Soldaten werden müssen. Wenn sie soviel zum Staate beitragen, dann müssen auch sie das Recht haben, mit abzustimmen und mitzuberaten und das können sie nur tun, wenn sie ihren Willen äußern.“

Glauben Sie nicht, daß unser Verlangen in irgend welcher Form etwas unsinniges oder überspanntes wäre. Ich habe in der Hand einen Ausspruch eines Herrn, es ist niemand anders als der Kronprinz von Bayern, der in der bayrischen ersten Kammer sich zu

folgendem Ausspruch herbeigelassen hat und zwar über das gleiche direkte geheime Wahlrecht. Er meint: „Man dürfe sich glücklich schätzen, daß für den deutschen Reichstag ein Wahlsystem bestehe, mit dem der größte Teil der Bevölkerung zufrieden sei. Man solle nur das Ausland ansehen und insbesondere diejenigen Staaten, in denen verkünstelte Wahlsysteme bestünden, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprächen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen dürften, möchte er bezweifeln. Es sei leicht möglich, daß dieselben durch radikale Systeme ersetzt würden. Die Wahlen gäben seiner Meinung nach in der Regel dann ein getreues Bild von der Gesinnung der gesamten Bevölkerung, wenn sie ein gleiches allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht besäßen.“

Hier sagt ein Vertreter der Krone, des zweitgrößten Bundesstaates, daß das gleiche Wahlrecht die Stimmung des Volkes wiedergibt, daß durch die Vertretung des Volkes man sehen kann, wie das Volk gestimmt ist. Und, verehrte Anwesende, ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn wir, die deutsche Arbeiterschaft, und auch hier in Posen die Posener Arbeiterschaft, und wohl im ganzen deutschen Reiche die Arbeiterschaft befragt werden sollten und unser Votum abgeben sollten durch das direkte Wahlrecht, ob eine derartige Politik, wie sie hier vom Staate kultiviert wird, weiter verfolgt werden könnte (Psuirufe u.!), ich bin der festen Überzeugung, ich rechne auf die Millionen abgegebenen Stimmen von 1903, daß da ein allgemeines „nein“ erschallen würde.

Kedner meint ferner, daß, wenn in anderen Staaten eine größere Anzahl von Abgeordneten gewählt würden, die der Regierung Opposition machten, die Minister gewöhnlich abdankten. Hier aber bekümmerten sich die Minister garnicht um den Ausfall der Wahlen, das komme aber jedenfalls daher, weil die Bedeutung der Vertreter hier eine sehr geringe sei.

Er fährt dann fort:

„Der Kronprinz von Bayern meint im weiteren: „Nach seiner Meinung sei die geheime Wahl ein Schutz der Schwachen gegen die Starken. Vielsach würden gerade abhängige Leute veranlaßt, anders zu wählen, als sie beabsichtigten. Es gebe gewissenlose Menschen genug, die ihre Untergebenen zwingen, ganz anders zu wählen als wie sie wählen möchten. Sie scheuten auch nicht davor zurück, die Untergebenen wegen einer nicht genehmen Stimmenabgabe aus dem Dienst zu entlassen. Um derartige Übelstände zu verhüten, muß mit allen Mitteln an der Sicherung des geheimen Wahlrechts gearbeitet werden.“

Hier hat selbst ein Vertreter der Krone ausgesprochen, daß es Unternehmer gibt, die ihre Untergebenen zwingen, gegen ihre Überzeugung zu stimmen.

Ferner meint Kedner, daß die Beamten gewissermaßen auch nicht nach ihrem Ermessen wählen dürften, sie gingen als Gehorcher an die Urne heran. Deshalb seien im Landtage auch die Barone und Grafen in höherem Maße vertreten, während die Kleinbürger, Handwerker und Arbeiter dort nicht zu finden seien.

Kedner ging alsdann auf den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet über, berührte die neue Bergesetznovelle, die aber, weil sie im Landtag zustande gekommen wäre, den Erwartungen nicht entsprochen hätte, wodurch wieder eine Gährung in den Kohlenrevieren hervorgerufen sei, und er fährt dann fort:

„So arbeitet das Dreiklassenvahlsystem mit seinem Landtag; es ist an der Zeit, daß wir überlegen, ob es so weiter gehen kann! Und ich glaube, daß jeder Unterdrückte in der Seele fühlt, wie unglücklich er ist. Der Wunsch muß ihm aus dem Herzen kommen, es möchte doch etwas besser werden, es möchte doch

etwas leichter werden. Es ist Tatsache, daß wir alle, die nicht große Reichtümer haben, daß wir alle darunter leiden und fühlen müssen, und da ist es an der Zeit, daß das eine hinzukommen möchte, daß die Regierung einsehe, es müsse etwas geschehen, daß den breiten Schichten der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werde, ihre Wünsche, ihre Klagen vor der Öffentlichkeit im Parlament vorbringen zu können, (Bravo!) damit man danach streben könnte, dem Volke die Leiden abzunehmen und die Schmerzen zu lindern.

Werte Anwesenden! Wir haben das volle Recht — sage ich — zu einer derartigen Demonstration, wie sie heute stattfindet. Wir wollen nur demonstrieren in ruhigen, einfachen Versammlungen, wir wollen als ruhige Bürger verlangen, daß der Staat unseren Wünschen nachkommen soll. (Bravo!)

Wir tun also das, was uns die Verfassung gewährt. Ich glaube, werte Anwesende, daß sie alle mit mir übereinstimmen, und zwar zu folgenden Maßnahmen, die für uns die Grundlage für die nächste Zukunft bilden sollen.

Ich habe nur 3 Punkte festgesetzt. Ich kann mich nicht lange dabei aufhalten, weil noch ein anderes Referat gehalten werden soll, und deshalb will ich nur kurz skizzieren, was wir tun sollen, um auf gesetzlichem Wege zum Ziele zu gelangen.“

Kedner versucht erstens nachzuweisen, daß der Arbeiter keiner anderen als der sozialdemokratischen Partei angehören dürfe, da es die einzige Partei sei, die sich das Wohl der Arbeiter ernstlich angelegen sein lasse, auch die Polen müßten sich — wie Kedner weiter ausführt — ebenfalls dem flammenden Proteste des heutigen Tages anschließen, weil auch die polnische Fraktion nie etwas ernstlich für die Arbeiter unternommen hätte. (Bravo!)

Es ist nur die sozialdemokratische Partei die einzige Partei — fährt Kedner dann fort — die für die Arbeiterinteressen eingetreten ist und auch ferner eintreten wird. Alle Maßnahmen, die gegen die Partei unternommen werden, werden abprallen, wie das „Schundgesetz von 1878“, sie werden zunichte werden, denn es ist eine Partei, die nicht künstlich hervorgerufen ist zur Vertretung von Spezialinteressen, sondern sie ist aus den Verhältnissen herausgewachsen, sie ist aus sich selbst geworden, sie wird gedrängt, sie muß das tun, weil Millionen von Arbeitern hinter ihr stehen. Deshalb gehören auch unsere Stimmen der sozialdemokratischen Partei. Jeder der Anwesenden, der sich der Tätigkeit dieser Partei anschließen will, tue es im vollen Sinne, indem er Mitglied dieser Partei werde.

Weiter fordert Kedner auf, die bürgerliche Presse, von der die Arbeiter nur betrogen und belogen würden, zu meiden, und nur die sozialdemokratische Presse zu unterstützen, die auch den Frauen und Kindern zugänglich gemacht werden müßte, damit auch sie davon unterrichtet würden, wie es in der Welt aussähe. — Kedner fährt dann weiter fort:

Und die dritte Forderung, die ich an sie stelle, ist die, daß sie alle tatkräftig auch für die Interessen jener Partei eintreten, daß ein jeder bei der Wahl seine Stimme für sie abgibt — das ist meine dritte Forderung an sie.

Alle, die sie hier anwesend sind und die sie mir das „Bravo“ zugerufen haben, müssen, wenn sie das wahrhaft meinen, wenn sie das ehrlich meinen, sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, ihre Presse lesen und bei jeder Gelegenheit ihre Stimmen für sie abgeben. Unterstützen sie die Partei auf Tritt und Schritt, geben sie ihr noch mehr die Mittel dazu, so können sie gewiß sein, es kommt eine Zeit, wo die elenden Verhältnisse unserer

heutigen Gesellschaftsordnung geändert werden, daß diese Gesellschaftsordnung, die elende, die niederträchtige Gesellschaftsordnung der heutigen Tage Platz machen muß einer gerechten, einer kulturellen Gesellschaftsordnung.

Und ich meine, wer ein derartiges Ziel erstrebt, der hat etwas mehr zu tun, als nur in die Versammlungen zu kommen.

Wenn Sie alle diesen Weg einschlagen, so werden wir auch hier in Posen einmal erleben, daß ein Abgeordneter gewählt werden wird, der auch ihre Interessen vertreten und die Verhältnisse in ungeschminktem Lichte darstellen wird, wie sie hier sind. (Bravo!) Wer hat von den bürgerlichen Parteien über die Verhältnisse in unserer Stadt, in unserer Provinz berichtet? Es wird noch lange dauern, bis sich ein Vertreter finden wird, der die Wahrheit sagt, aber unsere Partei hat es bis jetzt getan und wird es auch in Zukunft tun.

Gehen sie mit uns zusammen, einer wie der andere, einig in Reihe und Glied, dann werden wir ohne Demonstrationen auf der Straße, aber durch die Macht unserer Verhältnisse, durch unsere Stimmenabgabe das erlangen, was uns gebührt. (Lebhafter Beifall!)

Schneider **Podemski-Hohenjalza** (in polnischer Sprache): „Der heutige Tag ist so wichtig, so feierlich, er legt uns sehr große Pflichten auf.“

— Wegen der großen Unruhe, die offenbar dadurch hervorgerufen wird, daß die deutschen Genossen die polnische Rede nicht mit anhören wollen, kann Redner nicht weiter sprechen. —

Tischler **Matujewski-Posen** (in deutscher und polnischer Sprache): Ich bitte das Referat ruhig anzuhören. Vorhin ist das Referat in deutscher Sprache gehalten worden und jetzt wird es in polnischer Sprache gehalten.

Schneider **Podemski-Hohenjalza** (in deutscher Sprache): Haben Sie das deutsche Referat angehört, so möchte ich bitten, dieselbe Achtung auch dem polnischen Referat entgegenzubringen, denn ich spreche zu der polnischen Bevölkerung, die bedeutend mehr geknechtet wird. Wenn die Polen das deutsche Referat mit Ruhe angehört haben, so haben sie auch das Recht, zu verlangen, daß sie das polnische Referat ruhig anhören. (Polnisch fortfahrend) Ich habe mit meiner Rede schon angefangen, aber ich habe gemerkt, daß unter uns viel Personen sind, die sich der Wichtigkeit der heutigen Sache nicht bewußt sind. Sie haben mich aus Kujawien eingeladen, daß ich heute hier ein Referat halten soll, und ich habe also das Recht zu verlangen, daß sie mir Gehör schenken. — Redner wiederholt dann im wesentlichen die Ausführungen des Redakteurs Sremski. Zusätze bezw. Abweichungen folgen im Nachstehenden.

Bei den Ausführungen über die politische Entrechtung der Massen durch Preußen erfolgten verschiedene Rufe aus der Versammlung, wie „Pui“, „Schande“, „Schweinerei“, „Möge der Teufel solche Ordnung holen.“

Infolge der dadurch hervorgerufenen Erregung unter den Versammlungsteilnehmern ersuchte Herr Polizeiaffessor Augustini den Vorsitzenden, dafür zu sorgen, daß solche Zurufe unterbleiben, da er sonst unverzüglich zur Auflösung der Versammlung schreiten müßte.

Vorsitzender: „Liebe Genossen, wenn sie sich so weiter verhalten, dann wird die Versammlung von der Polizei aufgelöst werden. Ich bitte sie, sich ruhig zu verhalten.“

Tischler **Matujewski** richtete eine ähnliche Ermahnung an die Versammelten, und dann führte der Referent weiter aus: „Ich bitte unpassende

Ausdrücke zu unterlassen. Ihre Sympathieäußerungen durch Bravorufe beweisen, daß die Worte ihre Herzen treffen, durch die Bravorufe beweisen sie, daß sie von einem Gedanken beseelt werden.

Nach einigen Auslassungen über das Wahlrecht und die ungerechte Verteilung der Wahlbezirke, streifte Redner kurz den bekannten Ausspruch Bismarcks über das Wahlrecht und zitierte die Ausführungen des Kronprinzen von Bayern über das Wahlrecht. Hierzu bemerkte Redner u. a.:

Wenn daselbe Wahlrecht für den Landtag wie für den Reichstag existierte, dann würden wir keine Ansiedlungskommission haben, dann würden wir kein Wreschen gehabt haben (Bravo!), dann würden wir keine Ansiedlungsnovelle haben, die das polnische Volk enteignet. Führt das Ansiedlungsgezet nicht zur Korruption? Treibt dieses Gezet nicht die Polen geradezu in die Arme der Sozialdemokratie?

Schon der Kronprinz von Bayern fühlt es, daß die Massen, auf die sich alles stützt, wie Lava eines Tages emporstießen und ihre Rechte fordern werden. Und deshalb arbeitet die Sozialdemokratie daran, daß nicht solche Unruhen, wie in Rußland entstehen. Wir wollen das nicht, und deshalb sorgen wir für Aufklärung. Wir streben danach, das ganze Volk aufzuklären, um in ruhigen Versammlungen gegen ein so elendes Wahlsystem zu demonstrieren.

Der Kronprinz von Bayern zweifelt daran, ob es ruhig bleiben würde, wenn das Volk seine Rechte nicht erhielte, denn das wäre nur eine künstliche Ruhe. Er weiß sehr gut, daß, wenn das Volk seine Rechte bekommt, daß, wenn es sieht, daß es von der Regierung gleichberechtigt behandelt wird, es Vertrauen zu einer solchen Regierung haben wird. Und deshalb warnt er und empfiehlt, damit nicht solche Ereignisse eintreten wie in Rußland, schnelle Reformen. In Bayern besteht schon ein größeres Wahlrecht wie bei uns, aber trotzdem ist das Volk nicht zufrieden, weil die Wahlkreiseinteilung einer Reformierung bedarf. — Auf die ungleiche Verteilung der Wahlkreise in Preußen hinweisend, bemerkt Redner, nicht nur das geheime direkte Wahlrecht müssen wir fordern, sondern auch die Reformierung der Wahlkreise.

Den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet streifend, führt Redner aus:

Kann solches Volk ruhig sein, wenn es ruft, gebt, was uns gebührt, und es wird geringschätzig behandelt? Kann man da garantieren, daß eine solche Ruhe lange dauern wird? Nein, denn das ist nur eine künstliche Ruhe! Ich möchte aber warnen vor Unruhen, die nicht gut sind, sondern die viele Opfer von uns fordern würden.

Im Landtage gehen die Gezeze gegen uns (Redner meint die Polen) so schlaun durch, daß wir beinahe zur Schwindjucht verurteilt sind. Selbst die polnische Fraktion denkt garnicht daran, für eine Besserung unserer Lage zu sorgen. Nachher werden aber große Versammlungen einberufen und es wird gesagt: „seht, was wir gemacht haben!“ Auch dann werden solche Versammlungen einberufen, wenn das polnische Volk sich aufrafft und sagt: „ruft ihr noch keine Versammlung ein, wollt ihr noch nicht protestieren?“ Dann wird wieder eine Versammlung einberufen, um dem polnischen Volke wieder einen Brocken zu reichen.

Wo haben diese Herren die nationale Lösung? Sie haben sie wohl im Munde aber nicht im Herzen! (Pui, Schweinerei!)

Vorsitzender: Wenn nochmal solche Worte fallen, wird die Versammlung von der Polizei aufgelöst werden.

Referent (fortfahrend): Die richtige Nationalität wird nur durch die Tat bewiesen. Die Sozialdemokratie bringt dem polnischen Volke eine viel größere Erlösung, denn sie propagiert die Freiheit für alle Völker, und nur diesen Augenblick müssen wir fordern, daß die Freiheit eintrete. (Bravo!)

Haben Sie schon jemals in polnischen Blättern gelesen, daß ein Sozialdemokrat für die Polen gesprochen hätte? Niemals! Aber wenn Herr v. Jazdzewski gesprochen hat, dann steht es in ihnen. Er denkt, daß er sehr viel getan hat, wenn er sich mal vom Stuhl erhoben und gesprochen hat.

Auch die Redakteure sind nicht dafür, daß sich die Verhältnisse ändern, sie wollen lieber haben, daß der Konkurrenzkampf bestehen bleibe, und sie das Volk weiter dirigieren können.

Das polnische Volk ersehnt die Freiheit, es wünscht von ganzem Herzen die Freiheit, es will befreit werden von der es drückenden Kette. Die Herren denken aber, wenn ein Polen erstände, dann könnten sie wieder das Volk mit der Peitsche führen! Sie denken, wenn die Nation uns nur Reichtümer bringt, dann können wir wieder am grünen Tisch Tausende verspielen. Wenn ein Graf sein Vermögen verliert oder vergeudet, dann schweigen die Zeitungen, aber wenn sich ein Arbeiter mal betrinkt, dann nennt man ihn gleich immoralisch und einen Säufer. So ist es in Polen und so überall, wo das Konkurrenzsystem existiert.

Dieses Konkurrenzsystem wird durch den Landtag aufrecht erhalten. Sehen wir uns mal an, was dieses Konkurrenzsystem auf der Welt geschaffen hat? Früh morgens, ehe die Sonne aufgeht, treibt man die bleichwangigen Waisen zur Arbeit, und wenn die Sonne schon untergegangen ist, kehren sie erst von der Arbeit zurück. Und was bekommt solch ein Mensch? Bei uns in Rußland 1,20, 1,40 Mk. pro Tag! Und das geschieht bei uns, wo uns gesagt wird, wir sollen beten; wir werden schikaniert. Wir sollen arbeiten, wir sollen darben und sie (die Herren) vergeuden das Geld. (Bravo!)

Wenn man nach Bayern sieht, da ist eine Masse aufgeklärter Arbeiter, die mit Energie Gleichberechtigung verlangt, und sich ihre Rechte nicht kürzen läßt. Dort kommen solche Chikanen nicht vor, wie hier. Dort ist mehr Aufklärung, dort werden mehr sozialdemokratische Zeitschriften gelesen. Wir hier in Posen (Provinz) haben es hundertmal schlechter, weil sich unter uns viel Unaufgeklärte befinden, die keine sozialdemokratischen Blätter lesen wollen, und die es nicht haben wollen, daß es besser werde auf der Welt. (Bravo!)

Wir würden aber nicht so bedrückt sein, wenn die Aufklärung unter uns mehr verbreitet wäre. Aber wir haben unter uns noch viele, die bis zur Erde grüßen und sich erniedrigen und wer sich erniedrigt, der ist nicht mehr wert als einen Fußtritt. Das wissen diese Herren ganz gut, und deshalb machen sie mit uns, was sie wollen. Wir sind doch aber alle Menschen, uns allen scheint nur eine Sonne, wir sind alle aus einem Lehmloß geschaffen. (Bravo!)

Weil die Polen durch das Wahlgesetz in Preußen ebenfalls bedrückt werden, müssen sie feierlichst auf legalem Wege protestieren gegen das Wahlssystem. Aber was geschieht?

Es schläft alles wie ein Kind in der Wiege, nur wir sind als Auserwählte der Volksgeamtheit hergekommen um zu zeigen, daß es noch einzelne Personen in der polnischen Volksgeamtheit gibt, die mit den deutschen Sozialdemokraten Hand in Hand gehen, um gegen das Wahlgesetz zu protestieren.

Deshalb protestiere ich mit ihnen nicht allein, sondern auch im Namen der Rußwiew (gemeint ist Hohenjalza), die zum heutigen Tage keinen Saal haben bekommen können, auch sie protestieren mit ihnen. (Lebhafte Hochrufe!)

Ich will sie nicht mehr lange aufhalten. Mögen meine Worte Eingang in ihre Herzen finden, und wir alle werden danach streben, daß die Regierung schließlich unsere Rechte berücksichtige.

Deshalb Genossen, wollen wir nicht auf die Straße gehen, um zu demonstrieren, denn das Gesetz erlaubt es uns nicht; erst dann, wenn wir unsere Rechte erkämpft haben werden, werden wir anders antworten.

Vertreten sie die Idee des Sozialismus, empfehlen sie die sozialdemokratischen Blätter, klären sie jeden Arbeiter auf, aber führen sie keine Akfordarbeiten aus, denn das ist der Untergang des Arbeiters. Und deshalb liebe Versammelte, klären wir unsere Brüder auf, — denn dieses polnische Volk ist wie zum Teil das deutsche Volk noch nicht aufgeklärt, — auf daß die unschuldigen Lämmer gewarnt werden, damit sie nicht unterdrückt werden.

Und wenn unsere Aufgaben durchgeführt sein werden, dann seien sie sicher, daß dann andere Zeiten eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich glaube, daß nach diesen beiden erschöpfenden Referaten eine Diskussion nicht mehr notwendig ist.

Ich werde darüber abstimmen lassen.

(Die Mehrheit stimmte gegen eine Diskussion.)

Hierauf wurde auf Antrag des Redakteurs **Sremski** folgende Resolution in deutscher und polnischer Sprache angenommen.

„Die heute am 21. Januar 1906 in Posen tagende öffentliche Volksversammlung protestiert gegen das Dreiklassenwahlssystem in Preußen, sie erwartet von der Regierung, daß sie in der nächsten Zeit einen Gesetzesentwurf vorlegt, der die Minderwertigkeit der ärmeren Klassen beseitigt, und das gleiche geheime direkte Wahlrecht Personen beiderlei Geschlechts vom 22. Lebensjahre an gewährt. (Bravo!)

Vorsitzender: Ich möchte sie noch auf eins aufmerksam machen. Wenn sie den Saal verlassen, dann verhalten sie sich recht ruhig auf der Straße, um der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben, denn sie wissen, daß die Polizei mit Pistolen bewaffnet ist. (Pfuirufe, große Unruhe.)

Ich möchte sie erjuchen, der Polizei keinen Grund zum Einschreiten zu bieten.

Nach einem Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie wurde die Versammlung um 5 Uhr Nachmittags geschlossen.

Posen, den 23. Januar 1906.

Wietusch,
Königlicher Polizeisekretär.

Posen, den 23. Januar 1906

Bericht

über die am 21. Januar d. J. von Nachmittag $1\frac{1}{2}$ Uhr ab im Kurek'schen Saal in Rähme, Hr. Birnbaum abgehaltene Versammlung des Strazvereins.

Der Starost des Strazvereins für den Kreis Birnbaum, Rittergutsbesitzer v. Bogdanski-Orzechkovo eröffnete die Versammlung in Anwesenheit von etwa 150 bis 200 Personen, durchweg Bauern und Arbeitern aus Rähme und Umgegend, um $1\frac{1}{2}$ Uhr. Angehörige der Intelligenz — insbesondere Geistliche — habe ich im Saale nicht bemerkt.

v. Bogdanski führte in seiner Eröffnungsansprache folgendes aus. Vor etwa einem halben Jahre sei zu Zwecken der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verteidigung des Polentums der Strazverein gegründet worden. Seine Organisation sei fast in der ganzen Provinz bereits durchgeführt. Aufgabe der heutigen Versammlung sei es, auf die Organisation des Kreises Birnbaum für den Strazverein hinzuwirken. Zögen die Polen ihre heutige unangenehme politische Lage in Betracht, so könnten sie sich der Überzeugung nicht verschließen, daß sie zusammenzuhalten hätten gegenüber dem gemeinsamen Feinde, der alles, was polnisch sei, mit Entnationalisierung und Vernichtung bedrohe. Vieles sei zwecks Zusammenschlusses der Polen bereits geschehen. Die seit langem bestehenden großen nationalen Institute, in denen das Polentum organisiert sei, hätten bereits viel getan, um die nationale Widerstandsfähigkeit auszubilden, und dies verleihe Mut zu weiterem Kampfe. In diesem Kampfe könne der Einzelne nämlich nichts ausrichten, nur eine Kollektivaktion könne günstige Resultate zeitigen, und darum sei Solidarität das Symbol des neugegründeten Strazvereins. Die Gründer und Leiter dieses Vereins seien erprobte Männer, welche die Bürgschaft böten, daß sie mit Energie dem Ziele zustreben würden, — auch setzten sie ihr Vertrauen auf das Nationalbewußtsein der polnischen Bevölkerung. Wer sei ein nationalbewußter Pole? Der, welcher dessen eingedenk sei, daß er Pole sei, der seine polnische Muttersprache und den Boden liebe, der ihn wie eine Mutter ernähre. Das Alles sei geistlich statthaft. Die Feinde, die dies aber verhindern wollten, die diese heiligsten Güter der Polen bedrohten, seien die Hafatisten und Sozialisten. Erstere wollten die Polen materiell, letztere sie moralisch zu Grunde richten. Zwei so mächtigen Feinden gegenüber könnten die Polen nur durch festes Zusammenstehen standhalten. Die Sozialisten kämen außer Betracht. Im Kampfe gegen sie gehe das Polentum mit der Regierung Hand in Hand, und letztere habe in dieser Hinsicht in den Polen zuverlässige Bundesgenossen. Der Sozialismus finde denn auch, wie die Wahlen in der

Stadt Posen bewiesen, bei den Polen fast gar keinen Zutritt. Wie verhielten sich die Polen im Vergleich zu dem Auftreten der Sozialisten in Hamburg, Dresden usw.? Sie achteten das Gesetz und forderten nur die verfassungsmäßige Gleichberechtigung. Ungeachtet dessen bedrückte die preußische Regierung die Polen durch die Ansiedlungskommission und die Schule, in beiden Fällen aber ohne das gewünschte Resultat. Vernünftige Deutsche sähen selbst ein, daß die bei dieser Politik verausgabten Summen zwecklos weggeworfen würden und daß die Kluft zwischen Polen und Deutschen immer größer werde. Von allem bisherigen Besitz der Ansiedlungskommission stammten nur 10% aus polnischen Händen. Kaiser Wilhelm habe in Gnesen die Deutschen, welche ihren Besitz veräußerten, Verräter genannt, — die Polen sollten mit Bezug auf ihr Verhalten hieraus die Rutzanwendung ziehen. Die deutschen Besitzer veräußerten ihre Güter und zögen aus der Provinz fort, weil ihnen die durch die Tätigkeit des Hafatismus geschaffenen Zustände unerträglich seien, und da die Regierung nun nicht haben wolle, daß Polen den Besitz dieser Deutschen an sich brächten, so müsse sie ihn selbst kaufen, — daher erkläre sich die Ziffer des aus deutschen Händen erstandenen Grundbesitzes der Ansiedelung. Immer mehr aufgeklärte Deutsche sähen das Verfehlte der Polenpolitik der Regierung ein, u. a. auch der Landrat v. Dewiz und Professor Delbrück. (Redner zitiert die bekannten Auslassungen dieser beiden Herren zur Polenfrage.) Auch auf dem Gebiet des Schulwesens habe die Regierung nur Enttäuschungen erlebt. Sie habe gemeint es genüge, die polnischen Kinder in der Schule nur mittelst der deutschen Sprache zu unterrichten, um sie mit deutscher Denkungsart zu erfüllen. Diese Hoffnung sei, wie Delbrück offen zugebe, völlig fehlgeschlagen. Fragen müsse man sich, ob die Regierung den einmal betretenen Weg weiter verfolgen oder ob sie ihn als falschen erkennen und umkehren werde. Trete letzteres ein, so verliere der Strazverein, den die Regierung mit soviel Mißtrauen betrachte, seine Existenzberechtigung. Dieser Verein bekämpfe lediglich die politischen Fehler der Staatsregierung auf dem Gebiet der Polenfrage. Sollte der Strazverein seiner Aufgabe gerecht werden, so müsse jeder Pole ihm beitreten. Der Beitrag sei so niedrig bemessen, daß jeder Pole, auch der Arbeiter, dem Verein beitreten könne; Niemand solle sich auch durch leere Befürchtungen vom Beitritt abschrecken lassen, der Verein bezwecke nichts, was gegen die

Regierung, die öffentliche Ordnung sich richte, er denke nicht daran, zu demonstrieren und er werde die Achtung vor den Autoritäten im Staate nie außer acht lassen. Er wolle nur die Rechte und Heiligtümer der Nation gegenüber Hafatisten und Sozialisten verteidigen.

Nachdem Redner den Versammelten den Delegierten des Posener Hauptvorstandes, Kaufmann **Rzepecki**, vorgestellt hatte, nahm dieser das Wort zu einem Referat über das Wesen, die Ziele und die Organisation des Strazvereins.

Die freundlichen Worte, die der Starost eben ihm gewidmet, würden für ihn und den Hauptvorstand ein Ansporn sein zu angestrebter Arbeit, namentlich auch in den Grenzmarken. Ehe Redner zu seinem eigentlichen Thema komme, wolle er einiges darüber auführen, wie es den Polen unter dem Scepter des Königs von Preußen ergehe. Redner hätte während seiner Schulzeit, die in die Zeit des Kulturkampfes fiel, den Religionsunterricht gänzlich entbehren müssen, wenn seine Eltern ihm solchen nicht hätten privatim durch einen Pfarrer erteilen lassen. Den katholischen Gymnasiallehrern sei damals von ihren Vorgesetzten der Auftrag erteilt worden, die Religion in deutscher Sprache zu lehren, doch habe der damalige Erzbischof Ledochowski den Lehrern die hierzu erforderliche kirchliche Genehmigung verweigert. Welche Folgen dieser Konflikt für den Erzherzogen gehabt, wie er seinen entscheidenden Schritt mit zweijähriger Gefängnisstrafe gebüßt habe, das sei den Anwesenden bekannt. Germanisierung der Polen sei bei den Deutschen die allgemeine Lösung; doch stoße diese Absicht polnischerseits auf entschiedenen Widerstand infolge des durch ihre Geschichte berechtigten Nationalbewußtseins. 800 Jahre lang hätten sie ein eigenes Reich, eigene Könige gehabt, von denen viele — Redner führt einige an — sich als Feldherren und Landesväter ruhmvoll ausgezeichnet hätten. Und wenn in jenen Zeiten auch nicht alles so glänzend gewesen sei, wie heute bei den freien Kulturvölkern, so sei zu erwägen, daß es damals nirgends besser ausgefallen habe. In der Aufhebung der Klassenrechte und in der Gewährung der bürgerlichen Gleichberechtigung sei Polen den meisten Völkern mit rühmlichem Beispiel vorangegangen, — es habe ohne Gewalt und Bluttaten im Jahre 1791 sich eine Verfassung gegeben, um welche man es beneidet habe, zu welcher man den Polen Glück gewünscht habe, um es vier Jahre später in drei Teile zu zerreißen. Seit dieser Zeit besäßen die Polen kein freies Vaterland mehr; aber der Begriff „Vaterland“ hänge nicht von der politischen Freiheit, nicht vom Bestehen eines Königsthrons ab, — das Vaterland trage jeder Pole trotz dessen Zerstückelung treu im Herzen, und er befehlige sich, dieses Empfinden seinen Nachkommen zu überliefern. So sei es bisher geschehen, so werde es auch in Zukunft bei den Polen sein. Das polnische Volk sei in steter Zunahme begriffen. Bei der Teilung des Landes habe es 9 Millionen Köpfe gezählt, heut 20 Millionen, im preußischen Anteil damals 1 Million, heut 4 Millionen, es mache also den achten Teil der Bevölkerung Preußens aus. Das sei für die Hafatisten verdrießlich, besonders aber die Fähigkeit, mit welcher die Polen an ihrer Nationalität festhielten. Früher sei das Germanisierungswerk besser von statten gegangen, da die Masse der Polen ungebildet war, keine Zeitung las und sich um nationale Angelegenheiten nicht kümmerte, auch habe man früher die Polen besser behandelt. Die Richter, die Landräte, die Kommissare, die Lehrer, — alle seien Polen gewesen, und an der Spitze der Provinz habe sogar ein polnischer Statthalter gestanden, Fürst Radziwill, ein Verwandter des preussischen Königshauses. Damals habe die Regierung

an das Germanisieren nicht gedacht. Heute müsse man einen polnischen Beamten mit der Laterne suchen. Hier und da gebe es einen Richter polnischer Nationalität, weil man ihn in Grundbuchsachen brauche. Wer von den Polen heut die Staatsbeamtenlaufbahn einschlage, der werde im Interesse des Dienstes nach dem Westen verlegt. Vor einiger Zeit sei sogar eine Verfügung ergangen, wonach die Lehrer beim Verkehr mit ihrer Familie sich der deutschen Sprache bedienen sollten. Überall werde spioniert, und jeder fürchte sich fast vor seinem Schatten, so daß Einem das Leben fast vererbt werde. Fortwährend schmiede man antipolnische Gesetze. Das Ansiedelungsgezet vom Jahre 1886 sei im vorigen Jahre durch ein neues Gezet dieser Art verschärft worden, welches seine Spitze ausschließlich gegen die Polen richte. Ein Militärinvalid, der seine Militärzeit treu abgedient habe und ein guter Soldat gewesen sei, habe die Genehmigung zum Bau eines Wohnhauses nur unter der Bedingung erhalten, daß er deutsche Arbeiter eines benachbarten Ansiedelungsgutes als Mieter aufnehme. Als nach Jahresfrist diese deutschen Arbeiter abgezogen seien, habe man von dem Besitzer des Hauses verlangt, er solle letzteres abbauen. Ähnliche Gesetze suche der Hafatismus immer mehr zu schmieden. Er verlange, man solle den Polen verbieten, in Versammlungen polnisch zu sprechen, — er fordere, die polnischen Zeitungen sollten angehalten werden, neben dem polnischen Text dessen deutsche Übersetzung zu bieten. Redner schilderte die Entstehung des Ostmarkenvereins und charakterisierte diesen als einen Verein „zur Schwächung des Polenstums“, als einen Verein, der ausschließlich darauf hinarbeite, die Polen wirtschaftlich zu ruinieren. Jetzt verlange die hafatistische Presse sogar schon ein Gezet, das die Polen ihres Grundbesitzes im öffentlichen Interesse zu enteignen gestatte. Mit einem Ringe deutscher Ansiedlungen suche man die kleinen Provinzstädte zu umgeben, um auf diese Weise dem polnischen Kaufmann und Gewerbetreibenden in den Städten den Boden zu entziehen. Was bewege denn nun den Hafatismus zu diesem Verfolgen des polnischen Elements? Nun, der Umstand, daß das Polentum zäh an dem Boden festhalte und es als eine Schande ansehe, ihn an die Feinde zu veräußern. Redner benutzte diese Gelegenheit, um die Anwesenden zu beschwören, ihren Besitz festzuhalten, nicht bloß im nationalen, sondern auch im wohlverstandenen materiellen Interesse. Denn der Boden werde immer teurer werden, solange die Tätigkeit der staatlichen Ansiedlung anhalte, und der Bauer, der jetzt sein Grundstück törlicher Weise billig loschlage, schädige sich — abgesehen von der Schande — selbst an seinem Vermögen. Leider folge der unaufgeklärte Bauer nur allzuleicht der Lockung, und wie sehr der Geist des Schachertums bereits in diesen Kreisen Wurzel geschlagen, das beweise der Umstand, daß in den letzten drei Jahren 120 polnische Bauern ihren Besitz an die Ansiedlung losgeschlagen hätten. Der Ostmarkenverein habe in Posen ein Verzeichnis der deutschen Geschäfte herausgegeben, und im Anhang alle die Geschäfte namhaft gemacht, deren Besitzer trotz ihres deutschen Namens Polen seien. Diese Broschüre sei in Tausenden von Exemplaren an Deutsche, besonders an Beamte verteilt worden, natürlich um sie zu mahnen, das Kaufen bei Polen zu meiden. Eine schöne Sorte christlicher Nächstenliebe! So hätten die Polen nie gehandelt. Jahrelang hätten die Polen das Treiben des Ostmarkenvereins tatlos und geduldig sich angesehen, ja, sie seien so mit Blindheit geschlagen gewesen, ihr Geld zu Deutschen zu tragen. Endlich hätten sie sich aufgerafft und einen Abwehrverein gegründet, — eben den Strazverein. Redner ließ sich

nummehr über die Aufgabe, die Ziele, die Organisation und die Tätigkeit des Strazvereins breit aus, bot aber dabei nichts, was nicht schon aus einschlägigen, im „Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur“ veröffentlichten Berichten bekannt wäre. Der Ostmarkenverein habe es in den 10 Jahren seiner Tätigkeit, trotzdem er in ganz Deutschland agitiert, geworben und bezahlte Wanderredner umhergeschickt habe, auf etwa 40 000 Mitglieder gebracht. Der Strazverein bestehe erst seit dem Juni v. J. und zähle in seinen Reihen bereits 6000 polizeilich gemeldete Mitglieder und etwa 2000—3000 Mitgliedschaftskandidaten, — ein schöner Erfolg angesichts der kurzen Zeit des Bestehens des Vereins. Wenn von den etwa 300 000 polnischen Wählern nur die Hälfte dem Strazvereine beitrete, und jeder jährlich mindestens 1 Mk. Beitrag zahle, so werde der Verein über die stattliche Summe von 150 000 Mk. an jährlichen Einnahmen verfügen, — ein Betrag, mit dem sich schon etwas anfangen lasse. Wer von den Anwesenden die heutige Belehrung über den Strazverein angehört habe und mit dem darüber Vernommenen einverstanden sei, der solle es dabei nicht bewenden lassen, sondern nach der Versammlung sich an den bereits ernannten Kommissar im Orte wenden, um sich dort als Mitgliedschaftskandidat eintragen zu lassen. Den Namen des Kommissars wisse Redner nicht, man solle aber nur bei Bekannten nachfragen um ihn zu erfahren. Nötigenfalls solle man den Starosten Herrn v. Wieganski um Auskunft bitten. Man solle sich nicht fürchten beizutreten. Redner wisse, wie schwierig die Lage der Landsleute hier in der Grenzmark sei, wo man mit Deutschen im Gemisch lebe, Redner wisse ferner, daß mancher besorge, es könnten ihm infolge Zugehörigkeit zum Verein Schwierigkeiten erwachsen. Abhängige Leute, namentlich mittelbare oder unmittelbare Beamte usw., ersuche Redner, dem Verein fernzubleiben, dagegen solle sich niemand, der sich in unabhängiger Lage befinde, scheuen, dem Verein sich anzuschließen. Die Namen der Beigetretenen würden ordnungsmäßig der Posenr Polizei gemeldet, die Ortspolizei erfahre sie nicht. Nun werde man sagen, daß ja doch von Posen aus den Ortspolizeiverwaltungen in der Provinz die Namen mitgeteilt würden. Das sei möglich, wohl auch anzunehmen, habe aber nichts zu besagen, — denn was könne man dem Einzelnen antun, wenn das ganze Dorf dem Verein angehöre? Wenn alle Polen zusammenhielten wie jene Stäbe in der Fabel, die als Bündel vereint nicht zu zerbrechen waren, dann werde kein Polizeibeamter, keine Behörde etwas gegen ihre Zugehörigkeit zum Strazverein ausrichten können. Sie hätten das gleiche Recht wie die Deutschen, sich zu Vereinen zusammenzuschließen. Redner knüpfte an die Aufforderung, nun auch die soeben gefassten guten Vorschläge in die Tat umzusetzen und dem Verein allesamt beizutreten, noch einige Mahnungen. Man solle fleißig Zeitungen lesen. Aus ihnen werde man ersehen, was der Strazverein ausrichte und wie er arbeite. Nicht glauben solle man denen, die da vorreden wollten, die Leiter des Strazvereins bezögen daraus große Einkünfte. Nur der Vereinschriftführer Jaworski werde bezahlt, da er seine ganze Kraft und Zeit in den Dienst des Vereins stellen müsse und Unmassen von Korrespondenzen zu erledigen habe. Die übrigen Mitglieder des Hauptvorstandes, ferner die Starosten und Kommissare des Vereins bezögen nichts für ihre Mühewaltung, nur die baren Auslagen würden ihnen ersetzt. Im übrigen arbeiteten sie für die Idee, für die nationale Sache völlig uneigennützig. Alle Jahre würden übrigens die Berichte über die Vereinstätigkeit und über die Verwendung der Vereinsmittel in der Presse veröffentlicht werden, auch werde man in der Generalversammlung des Vereins

hierüber eingehende Mitteilung machen. Später würden auch die Starosten und Kommissare nicht mehr vom Hauptvorstande ernannt, sondern in den Kreisversammlungen von den Mitgliedern selbst gewählt werden. Zu Beginn der Vereinstätigkeit habe man dies, um die Sache überhaupt in Gang zu bringen und die ersten Schwierigkeiten zu überwinden, dem Hauptvorstande überlassen müssen. Wer Mitglied des Vereins geworden sei, der dürfe nicht glauben, daß er damit und mit der Zahlung der Beiträge nun allen seinen Pflichten als nationalbewußter katolischer Pole genügt habe. Jeder habe in seinem Lebenswandel sich dieses Namens würdig zu erweisen, nicht dem Trunk zu huldigen und sein Geld zusammenzuhalten, damit es nicht unnötigerweise in fremde Hände komme. 20 Millionen Mark legten die Polen in Preußen alljährlich in Schnaps an — nun, wenn denn durchaus getrunken werden müsse, so solle man wenigstens guten polnischen Schnaps trinken, nicht jüdischen Fusel. Auf jedem Schritt sollten die Polen des Grundsatzes „Der Landmann zum Landsmann“ eingedenk sein; denn die polnische Gesamtheit werde auf allen Seiten mit dem Ausgehungertwerden bedroht. Sollten sie angesichts dessen nicht zur Überlegung kommen? Am meisten sündigten gegen jenen Grundsatz die polnischen Bäuerinnen, die den Juden das Geld für allerhand unnötigen Tand hintrügen. Wo solle angesichts dieser Haltung der polnische Kaufmann und Handwerker bleiben? Von heute an solle jeder der Anwesenden sich Besserung geloben und die Seinen dazu anhalten. Den Landsmann solle man nicht beneiden, wenn es ihm gut gehe, im Gegenteil, man solle sich dessen freuen. Ein Unsegen sei auch die polnische Prozeßsucht. Wozu jage man denn dem preussischen Fiskus aus Anlaß von Bagatelssachen, Streitigkeiten, Beleidigungen usw. soviel polnisches Geld in die Tasche? Derartige Sachen vermöge das Ehrengericht des Strazvereins recht gut zu schlichten. Liege ein leichter Streifall vor, so solle man ihn dem Starosten vortragen; dieser werde für die Ernennung von Schiedsrichtern Sorge tragen und die Schlichtung veranlassen. Nun, und komme dann trotzdem eine Einigung nicht zu stande, dann stehe der Weg zu den preussischen Gerichten ja immer noch offen. Redner ließ sich an der Hand bekannter statistischer Zahlen über den Rückgang der Zahl der Juden in den kleinen Provinzstädten, z. B. in Birnbaum, Zirkle usw. aus und er führte diese Erscheinung auf die immer mehr zutage tretende Solidarität des Polentums zurück. Man brauche die Juden nicht. Sie würden schließlich aus dem Osten ganz verschwinden, wenn kein Pole ihnen etwas abkaufe, — denn von sich selbst könnten die Juden doch nicht leben. Sie seien den Polen entbehrlich. Brauchten diese Geld, so fänden sie es in ihren Banken. In der Nachbarschaft bestehe bereits eine solche, — in Kwiltisch, und sie arbeite mit recht schönen Resultaten. In absehbarer Zeit werde ein gleiches Institut wohl in Zirkle gegründet werden. Die polnischen Banken böten vollkommene Sicherheit; denn die Vorstandsmitglieder sähen einander sorgsam auf die Finger. Lasse sich die Gründung einer Bank in Rähme selbst nicht durchführen, so sollten die dortigen Polen sich der Kwiltischer Bank anschließen. Warum solle der polnische Spargroschen in fremden Banken liegen, warum solle er nicht das polnische Interesse fördern helfen? Auch die Gründung eines polnischen Rüstikervereins in Rähme solle man sich angelegen sein lassen. Je mehr die Polen zusammenhielten und sich zusammenschlossen, desto widerstandsfähiger seien sie nach außen hin, und keine Macht der Hölle werde sie überwältigen. (Lebhafter Beifall.)

v. Bogdanski teilte nunmehr mit, daß in nächster Zeit noch vier weitere Strazversammlungen

im Kreise Birnbaum würden veranstaltet werden. Die Kommissare für die einzelnen Gemeinden seien schon bestellt. (Namen wurden nicht genannt.) Im Anschluß an die einschlägigen Ausführungen des Vorredners mahnte auch er, v. B., zum Anschluß an die Kewitzscher Bank, deren Vorstandsmitglied Redner sei. Dies Institut bestehe erst ein Jahr und habe in dieser Zeit über 100 000 Mk. Spareinlagen, meist von polnischen Arbeitern aus Sachsen, Berlin usw. zu verzeichnen, 80 000 Mk. habe die Bank verliehen. Die Sicherheit, welche die Bank biete, sei nach menschlichem Ermessen eine absolute. Eher müßten alle Herren, die im Vorstand saßen, ihr Vermögen einbüßen, ehe die deponierten Spargelder verloren gingen. Selbstverständlich werde eine sorgfältige gegenseitige Kontrolle geübt, nicht etwa,

weil Veruntreuungen befürchtet würden, sondern namentlich hinsichtlich der Prüfung der Sicherheit der von der Bank gewährten Darlehen. Letztere würden zu billigem Zinsfuß gewährt, und die Bank könne das, weil sie nicht mit einem kostspieligen Verwaltungsapparat arbeite wie andere ähnliche Institute.

Mit Worten der Freude über den zahlreichen Besuch der Versammlung und des Danks an den Delegierten des Posener Hauptvorstands schloß Herr von Bogdanski die ohne Störung verlaufene Versammlung um 1/23 Uhr.

Güntner,
Kgl. Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 11 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 16. Januar 1906:

Aus der polnischen Reichstagsfraktion.

Personen, welche Beweise betreffend das Schifanieren von Adressen auf der Post, das Versetzen von polnischen Beamten nach dem Westen besitzen oder andere Klagen gegen die Post vorbringen können, werden um deren schnelle Einbringung unter der Adresse „An die Fraktion der Polen N. W. Reichstag“ ersucht.

J. A.:

Roman v. Santa-Polczynski, Schriftführer.

Aus Nr. 14 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 19. Januar 1906:

Die Informationen des Ministers.

In der Sitzung des preussischen Landtags vom 15. d. M. sagte der Polizeiminister Herr v. Bethmann-Hollweg nach Berichten der Zeitungen:

„Was die Einschränkungen des Versammlungsrechts in den polnischen Landesteilen betrifft, so hat man mir von den einzelnen Fällen nichts mitgeteilt, ich kann mich daher in Untersuchungen nicht einlassen. Doch ist es selbstverständlich, daß die preussischen Beamten sich an die gesetzlichen Vorschriften halten.“

Vor allem fällt es auf, daß der Herr Minister von den zahlreichen Verböten von Strazversammlungen nichts weiß, von dem seitens des Landrats v. Rose in Schroda an den Saalbesitzer Krüger erlassenen Verbot, den gemieteten und bezahlten Saal für eine Versammlung nicht herzugeben. Der Herr Minister weiß nichts davon, daß der Schroda'er Landrat aus seiner Tasche 20 Mk. vorauslag hat, damit Krüger sie dem Besteller des Saales zurückzahle.

Der Herr Minister liest Zeitungen und er weiß z. B., was Pfarrer v. Jazdzewski bei dem Begräbnis des Pfarrers Antoniewicz in Bnin gesagt hat, aber davon, was er wissen sollte, weiß er nichts.

Wir müssen auch dem Gedächtnis des Herrn Ministers zu Hilfe kommen, welcher behauptete, man habe ihm von den einzelnen Fällen der Einschränkung des Versammlungsrechts nichts mitgeteilt.

In Gnesen wollte am 7. Mai der Rechtsanwalt Karpinski über die Verfassung vom 3. Mai sprechen. Von der Versammlung war die Ortspolizei in Kenntnis gesetzt, und sie hatte die gesetzlich vorgeschriebene Be-

scheinigung ausgestellt. Ungeachtet dessen setzte der Polizist, nachdem der Redner kaum einige Worte gesprochen hatte, den Helm auf den Kopf und löste die Versammlung auf.

Die Sache beschritt den verwaltungsgerichtlichen Weg und der Oberpräsident in Posen begründete unter Zurückweisung der Beschwerde die Notwendigkeit der Auflösung der Versammlung u. a. damit, daß man keinen Vorsitzenden gewählt und der Vortragende sofort zu sprechen begonnen habe. (sic!)

Da eine Antastung des Vereinsgesetzes und des § 29 der Verfassung, welcher den Bürgern das Recht gibt, sich in geschlossenen Gebäuden ohne Genehmigung der Polizei zu versammeln, klar vorlag, aber der Endtermin vor dem Obergericht in Berlin erst nach einem halben Jahre stattfinden sollte, richtete der Rechtsanwalt K. an den Herrn Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg nachstehendes Schreiben:

(Es folgt der Wortlaut des erwähnten Schreibens und dann der vom Herrn Minister des Innern unterm 10. September 1905 erteilte Bescheid II c 3341/05.)

Die Behauptungen des Herrn Ministers, daß man ihm über die einzelnen Fälle der Beschränkung des Versammlungsrechts nichts mitgeteilt habe, kann man mithin mit den Tatsachen nicht vereinbaren. Wir haben schriftliche Beweise dafür, daß man dem Herrn Minister von der durch Beamte gesetzwidrig vorgenommenen Auflösung von Versammlungen Mitteilung gemacht hat. Den Herrn Minister trog mithin sein Gedächtnis.

Irrig ist auch die Ansicht des Herrn Ministers, daß die preussischen Beamten sich in Sachen der Versammlungen an die gesetzlichen Vorschriften halten.

Das Urteil des Obergerichts vom 12. d. M. in Sachen des Rechtsanwalts Karpinski gegen den Oberpräsidenten v. Waldow belehrt uns eben, daß die Versammlung vom 7. Mai v. J. gesetzwidrig aufgelöst worden ist, die Polizei hat sich mithin nicht an das Gesetz gehalten, sondern es im Gegenteil in diesem Falle ignoriert. Vielleicht ist der Herr Minister so gütig, sich über jeden Fall der Auflösung oder des Verbots einer Versammlung besonders Bericht erstatten und sich die Urteile des Obergerichts betreffend die Versammlungsmaterie vorlegen zu lassen, damit er als verantwortlicher Minister, wenn er im Landtage in Sachen seines Ressorts spricht, besser informiert sei.

Die Polizeiorgane haben doch so viel Zeit, sie kontrollieren die Geistlichen, forschen nach, in welcher Sprache ein Lehrer mit Frau und Kindern spricht, untersuchen, ob nicht irgend ein vergessener Beamter noch Mitglied irgend einer polnischen Genossenschaft

ist und sie berichten über alle diese Angelegenheiten dem Herrn Minister oder dessen Organen aufs peinlichste. Möge der Herr Minister mithin, und sei es auch mit ganz kleinen Buchstaben, ebenfalls einen Bericht über jedes von der Polizei erlassene Versammlungsverbot einfordern, dann werden ihm die Augen aufgehen und seine Informationen werden nicht so einseitig, sondern genau sein, wenn er vor die Vertreter der Nation im Landtage treten wird.

Aus Nr. 11 des Lech (Gnesen)

vom 16. Januar 1906:

Unter der Spitzmarke „Wagen wir!“ schreibt der Lech u. a.:

Wir leben in schweren und traurigen Zeiten. Die preussische Regierung benutzt alle Mittel und Wege, um uns zu schwächen und zu entnationalisieren. In ihrer kreuzritterlichen Verblendung und in ihrem Hass geht sie schon so weit, daß sie selbst unsere hl. Kirche bei der Erreichung ihrer schändlichen Ziele zu ihrem Werkzeuge machen will. Wir müssen daher sehr wachsam sein, damit uns der Feind nicht etwa unsere heiligsten Schätze aus der Hand reißt, d. i. den väterlichen Glauben und die Muttersprache. Gott sei Dank hält die Allgemeinheit unserer polnischen Geistlichkeit treu zum Glauben und zur Sprache unserer Väter und wird sich niemals zum Werkzeuge der Germanisierung unseres Volkes gebrauchen lassen, wenn auch von oben her der größte Druck auf sie ausgeübt werden sollte. Unsere Geistlichkeit wird das polnische Volk mit Hingebung aller Kräfte und des Lebens vor der kreuzritterlichen Vernichtung schützen. **In der Geistlichkeit ruht heute unsere einzige Hoffnung.** Von unserer Schlachta können wir heute gar nichts mehr erwarten. Die Schlachta hat ehemals Polen verkauft, und heute veräußert sie ihre letzten Äcker für Judas-silberlinge dem furchtbaren Feinde. Wir haben somit eine vierte und zugleich auch die schmerzlichste Teilung Polens durch die Ansiedelungskommission erlebt. Schande und Verachtung allen denen, die das gemacht haben!

Wir können uns heute auf die Schlachta nicht verlassen, denn die Schlachta wird mit wenigen Ausnahmen bankrott und sinkt in moralischer Beziehung immer mehr. Das ländliche und städtische Volk allein bildet heute den Bau unserer nationalen Existenz. Wir müssen daher alle Kräfte anspannen, um in diesem Volke den heiligen Glauben und die Liebe zum Vaterlande zu erhalten, denn diese beiden Faktoren sind die Hauptpfeiler unserer nationalen Existenz. Diese Aufgabe haben in erster Reihe die polnischen Eltern zu erfüllen. Diese sollten vor allem darum bemüht sein, ihren Kindern innige Liebe zur Kirche und zum Vaterlande einzupflanzen, sie sollten darum besorgt sein, daß das Kind gut polnisch lesen und schreiben lernte; sie sollten in ihren Kindern auch die Liebe wecken zu allem was polnisch ist.

In zweiter Reihe sollte diese Aufgabe unserer schätzbaren Geistlichkeit zufallen. An sie wenden wir uns in herzlichen Worten, daß sie mit aufmerksamem Auge alle Versuchungen der germanisatorischen Regierung beobachten möchten und sie besonders da abwehrten, wo die Regierung die Nase nicht hineinzustecken hat, d. h. daß sie der Regierung mit ihrer Germanisierung den Zutritt zur Kirche verwehrten. Achtbarer polnischer Priester! stehe mannhaft auf der Wacht des Glaubens und der Sprache des Volkes; schütze es vor der kreuzritterlichen Vernichtung!

Aus Nr. 14 des Lech (Gnesen)

vom 19. Januar 1906:

In der Schmilauer Angelegenheit schreibt der Lech, indem er sich auf das letzte Rundschreiben des Erzbischofs, betreffend den Vorbereitungsunterricht der polnischen Kinder zum Empfange der hl. Sakramente, beruft, u. a. folgendes:

Die diesjährige Rubrizelle weist nach, daß Pfarrer Brandke noch in Schmilau ist.

Wir möchten daher gerne wissen:

1. Ob Pfarrer P. polnisch gelernt hat?
2. Ob jetzt in Schmilau polnische Predigten gehalten werden, ob polnische Gottesdienste stattfinden und ob die polnischen Kinder polnischen Vorbereitungsunterricht erhalten?
3. Welche Strafe hat Pfarrer Brandke für die Beleidigung seiner geistlichen Behörde erhalten?

Vielleicht möchte uns jemand aus dortiger Gegend auf obige Fragen antworten. Wir möchten hier daran erinnern, daß der Kurier Poznański und sein Redakteur, Pfarrer Zimmermann, ein Opfer der Schmilauer Angelegenheit geworden sind.

Aus Nr. 12 des Orędownik (Posen)

vom 17. Januar 1906:

Aus Schroda.

Man schreibt uns:

Das Kreisblatt vom 12. Januar d. J. enthält eine Bekanntmachung, wonach in Schroda eine Molkereigenossenschaft entstanden ist, dessen Vorstand angehören „Amtsrat“ Materne, Stanislaus v. Milewski-Rijewo und Ansiedler Sültemeier-Dominowo. Verwundert über diese Zusammenstellung zogen wir nähere Information ein und wir erfahren, daß dies eine rein deutsche Genossenschaft ist, daß es im Aufsichtsrat nicht einen einzigen Polen gibt, und daß der Genossenschaft nicht ein einziger Pole angehört, im Gegenteil, die Genossenschaft bilden fast lauter Ansiedler aus den Gütern der Ansiedelungskommission.

Wir können nicht begreifen, wie ein Starost des „Strazvereins“ mit einem Herrn Amtsrat und mit einem Ansiedler im Vorstand zusammenfügen kann, wie der stellvertretende Vorsitzende der Kulturalvereine des Kreises Schroda eine Genossenschaft gründen kann, welche der polnischen Molkerei in Schroda Konkurrenz zu machen bestimmt ist, — wie der Vorstand der Schroda'er Sokols sich mit Ansiedlern vereinen kann, welche Kultur in den Ostmarken verbreiten.

Der Dziennik Poznański, der i. J. von der Gründung dieser Genossenschaft Mitteilung gemacht und die Verdienste des Schroda'er Starosten gerühmt hat, wird uns das wohl erklären.

Wir haben auch erfahren, daß diese deutsche Molkereigenossenschaft einen Polen vom Ankauf der bisherigen polnischen Molkerei zurückgeschreckt hat, und wir fürchten, daß letztere in deutsche Hände übergehen wird oder schon übergegangen ist.

Aus Nr. 13 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 18. Januar 1906:

In Sachen der Landverschacherer

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Krakau, den 15. Januar 1906.

Geehrter Herr Redakteur!

Indem ich mittelst Postanweisung 5 Mark beifüge, bitte ich um gefällige Zusendung der Photographieen

des Herrn Olschowski, früheren Mitbesizers von Kotowiecko und des Herrn Dobrogoycki, des früheren Besizers von Mielschin. Mich denkt, ganz Polen sollte Gelegenheit bekommen, diese beiden Helden von herostratijchem Ruhm in effigie kennen zu lernen.

Mit aufrichtiger Hochachtung

Dr. Heinrich Jordan.

Es wird schwer sein, den Wunsch des geehrten Herrn Professors auszuführen. Ich warne auch davor, daß jemand die erste beste Photographie unterstieben könnte. Postenreißer gibts bei uns genug. Jedenfalls danken wir dafür, daß man sich mit unserer traurigen Angelegenheit befaßt.

Aus Nr. 14 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 19. Januar 1906:

Ein Brief aus Posen.

Posen, den 17. Januar 1906.

Ungeheuerliche Sachen geschehen — Kotowiecko und Mielschin — so ein bekannter Agent der Ansiedelungskommission, dessen Namensvetter sich darum zu bemühen scheint, ihm den Grafentitel zuzuerkennen, verdiente an Mielschin 42000 Mark. Zwei Wochen vor dem Kontrakte trieb sich der heutige Kolonifator Dobrogoycki mit verdächtigen Weibern in hiesigen Lokalen herum, und bei Orien und Champagner bearbeitete er die Veräußerung Mielschins, eines 1100 Morgen großen Besitzes, in die Hände der Ansiedelungskommission.

Jetzt spielen selbst Weiber dieser Art bei der Veräußerung des väterlichen Bodens eine Rolle!

Was sind das doch für ungeheure Sachen, heute durch die Straßen Posens zu gehen und auf die Verkäufer und „polnischen“ Agenten der Ansiedelungskommission zu sehen, wie sie mit Unverschämtheit gehobenen Hauptes die Straßen der Stadt durchwandern, und leider finden sie auch noch Gefellschafter — und die polnischen Lokale werfen sie nicht einmal öffentlich hinaus. Was nützt alles, wenn die „Crème“ der Gesamtheit die Kolonifatoren toleriert, sie in ihren Vereinen aufnimmt, sich mit ihnen in den Wogen breit macht, Arm in Arm mit ihnen die Straßen abschreitet, wie mit dem Kolonifator M. und mit anderen.

Und unsere rechtschaffenen Bäuerleins?

Der Dziennik Berlinski veröffentlichte einmal einen ihm zugefandten Artikel über den Cynismus der bauerlichen Wirte. Eure Redaktion wollte nicht glauben — sie befandete ihre gegenteilige Meinung — und heute hebt ihr das selbst hervor. In der gestrigen Nummer der Posener Neuesten Nachrichten bietet wiederum ein gewisser Wirt Siwek aus Marjanowo bei Dominowo seine Wirtschaft zum Verkaufe an, natürlich will er sie einem Deutschen abtreten, denn er annouciert in einer deutschen Zeitung.

Es ist fürchterlich, was vor sich geht — und in der Stadt? Unsere Damen, die Frauen hervorragender politischer Männer, kaufen bei den Juden und Deutschen, daß es nur so wettert. — Selbst so eine Frau N. N., die Frau eines Doktors, welche in Frauenversammlungen schöne Reden hält, kauft Schuhe für ihre Kinder beim Juden. — Die Frau des Rechtsanwalts N. N., die eine Waschanstalt bei einem Verwandten weiß, verließ gestern mit der Buchhändlerin N. N. das Sieburg'sche Geschäft, eine chemische Waschanstalt, nicht zu reden von Damen, welche in gewissen Frauenvereinen lärmend das Regiment führen usw. Beim Photographen Engelmann sind die schönen Porträts des Grafen Engestroem, einiger polnischer Geistlichen usw. ausgestellt, und die polnischen Photographen leiden Not.

Der Phrasen gibts bei uns so viele — an Taten aber fehlt's!

Aus Nr. 11 des Dziennik Kujawski (Hohensta)za)

vom 16. Januar 1906:

Witkowo.

In hiesiger Kreisstadt könnten gute Existenzen finden: ein Uhrmacher, ein Kaufmann, der ein Putz- und Galanteriewarengeschäft eröffnen will, und ein Konditor; letzterer würde sicherlich auch den Schankkonzens erhalten. Läden zu den genannten Geschäften sind zu vermieten. Soviel wir erfahren, bewerben sich Landsleute und auch Fremde um diese Geschäftsläden. Für den Uhrmacher bietet sich Gelegenheit, aus dem Nachlasse eines hier verstorbenen Uhrmachers Werkzeug zu erstehen. Nähere Information wird unter der Adresse N. J. S. postlagernd, Witkowo, erteilt.

Aus Nr. 19 des Wielkopolanin (Posen)

vom 25. Januar 1905:

Der Gendarm.

Unter dieser Spitzmarke geben wir die nachstehende Schilderung eines interessanten Vorkommnisses wieder.

Verhandelt Dobornik auf der Propstei,
22. 1. 1906.

Aufgefordert erschien Herr Stanislaus Strojinski, Kaufmann und Mitglied des Kirchenvorstandes hieselbst und erklärte auf die Frage, was er von dem Konflikt wisse, der unmittelbar vor dem Beginn der Hauptandacht mit dem hiesigen Gendarm Roß auf dem Kirchhofe an der Kirchthür vorgekommen sei, was folgt:

Als ich am gestrigen Tage um etwa 10 Uhr mich zur Andacht in die hiesige Parochialkirche begab, bemerkte ich auf dem Kirchhofe einen Trauzug. Ehe er auf den Kirchhof gelangte, erschien einer der hiesigen Gendarmen, Roß, und dicht an der Tür des Nebeneingangs in die Kirche kaufte er einen der Brautführer, der eine weiße Schärpe mit rotem und blauem Saum umhatte, mit dem Bestreben, dem Brautführer diese Schärpe herunterzureißen. Als sich dies der Brautführer nicht gefallen ließ, wollte ihn der Gendarm verhaften und aufs Polizeibureau bringen. Nicht nur der Trauzug, sondern auch das zahlreich versammelte Volk war aufs lebhafteste entrüstet über dieses Eindringen eines Polizeiorgans in unsern Kirchhof und über diese polizeiliche Ausschreitung, dicht an der Kirchthür. Man begann laut zu murren und sogar zu drohen. Als ich sah, was im Anzuge war und wozu es hätte kommen können, hieß ich den Brautführer in die Kirche gehen und den Gendarmen wies ich vom Kirchhofe. Ungeachtet dessen verließ er den Kirchhof nicht sofort, sondern er ging hinter dem Brautführer, der sich, weil das Tor verschlossen war, durch den Haupteingang in die Kirche begeben hatte, noch etwa 25 Schritte her, und dann erst zog er sich zurück und verließ den Kirchhof.

Nach beendeter Andacht lauerten vor der Kirchhofstür zwei Gendarmen.

B.	g.	ii.
St. Strojinski		
G.	ii.	o.
Pfarrer Heinze.		

Aus Nr. 7 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 11. Januar 1906:

Kruschwitz.

Frau Walentowicz wollte einen bereits in Bewegung gesetzten Zug nach Hohenfalsa besteigen. Sei es infolge des feuchten Wetters und des auf dem Kruschwitzer Bahnhofe befindlichen Schmutzes, sei es infolge der ungenügenden Beleuchtung des Perrons und der Eingänge nach den Waggonen, welche durch auf dem ersten Geleise stehende Güterwagen verstellt waren, glitt Frau W. aus und fiel unter den Waggon. Ein unter demselben befindlicher Kasten quetschte die Frau, die herzzereißende Hilferufe ausstieß. Doch die auf dem Perron stehenden Beamten rührten sich nicht vom Fleck, um der Unglücklichen, welche polnisch rief, Hilfe zu leisten. Im nächsten Augenblicke schon verkündete ein gellender Schrei das Unglück. Ein Wagenrad ging der Frau über das rechte Bein und zermalmte es vollständig. Jetzt erst wurde der Zug angehalten, und die aus dem Wagen steigenden Reisenden zogen die Unglückliche unter den Wagenrädern hervor. Frau Walentowicz wurde nach dem Kruschwitzer Lazarett gebracht, woselbst man ihr das zermalmte Bein vollständig abnehmen mußte.

Aus Nr. 12 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 17. Januar 1906:

Kosten, den 16. Januar 1906.

Achtung! polnische Eltern in Kosten!

Auf Veranlassung des hiesigen Turnvereins „Sokol“ ist eine „Bibliothek für Kinder“ eröffnet worden, aus der jedes Kind unentgeltlich Bücher leihen kann. Die für das Kindesalter geeigneten Bücher sind bereits angelangt, es fehlen unter ihnen auch an solchen nicht, die auch von älteren Personen gelesen werden können.

Die Bibliothek befindet sich in der Redaktion der Gazeta Polska, am Markt Nr. 28, im Hofe im ersten Stockwerk. Die Bücher können an jedem Mittwoch entnommen bzw. umgetauscht werden, und zwar zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags.

Die polnischen Eltern, denen daran gelegen ist — und es sollte allen daran gelegen sein — daß sich ihre Kinder in der Muttersprache üben und fließend polnisch lesen lernten, bitten wir, ihre Kinder regelmäßig nach Büchern zu senden und darauf zu achten, daß die geliehenen Bücher nicht beschädigt, nicht andern Kindern geborgt würden und nicht verloren gingen; ein jedes Kind erhält ein Buch zum Lesen. Ferner muß darauf geachtet werden, daß das Kind ein geliehenes Buch nicht länger als 2 Wochen behielte; das Kind sollte ein geliehenes Buch im Laufe einer Woche durchlesen, zum mindestens aber der Bibliothek mitteilen, daß es nicht imstande war, das Buch durchzulesen.

Die Eröffnung der Bibliothek an sich und das Verleihen der Bücher selbst nützen nichts, wenn die Eltern nicht darauf halten, ob das Kind das aus der Redaktion gebrachte Buch auch tatsächlich liest. Am richtigsten verfahren die Eltern, welche dem Kinde befehlen, alltäglich, und wäre es auch nur ein kleines Stündchen, laut zu lesen, damit ihm die Abschnitte erklärt werden könnten, die es nicht verstehen kann.

Zum Schlusse bemerken wir noch einmal, daß die Bücher unentgeltlich vom 17. Januar ab ausgegeben werden.

Aus Nr. 1 des Sokol (Posen)
vom Januar 1906:

Bitte oder Mahnung?

In seinem letzten Artikel lobt der Verbandsvorsitzende den Eifer der Sokolvereine in der Fremde und kritisiert das Sinken des Geistes bei dem Sokolturn in der Heimat. Dasselbe konstatieren wir leider, wenn wir uns die Ziffern der Abonnenten unseres Verbandsorgans ansehen. Wie wir uns aus nachstehender Aufstellung überzeugen werden, so lesen in einigen Vereinen sogar die Vorstandsmitglieder überhaupt nicht unser amtliches Blatt; wenn wir annehmen, daß in jedem Verein mindestens 9 Mann an der Spitze der Gesellschaft stehen — was doch den Tatsachen entspricht — so werden wir uns überzeugen, daß nicht einmal diese „Ausgewählten“ sich zur Abonnierung des Sokol verpflichtet fühlen. Wir haben diese unangenehme Tatsache bisher verschwiegen, da es aber für Trägheit und Nichtverstehenwollen der Pflichten nun einmal keinen anderen Rat gibt, als die Wahrheit auszusprechen, damit diese die Vereinsmitglieder kennen lernen und im vorliegenden Falle einen Druck auf ihre Umgebung ausüben, so haben wir es uns vorgenommen, die Namen derjenigen Vereine zu veröffentlichen, welche sich nicht einmal bis zu 10 Abonnenten aufschwingen werden! Ein andermal werden wir von den Vereinen reden, welche den Sokol zwar ständig abonnieren, sich aber nicht verpflichtet fühlen, zu bezahlen, und dadurch nur ihre Kameraden insofern schädigen, daß wir einen reicheren Inhalt, besseres Material und mehr Illustrationen zu geben in der Lage wären, wenn alle Kameraden sich zur Bezahlung verpflichtet fühlen würden.

Es abonnieren den Sokol in Exemplaren:

a) in der Fremde: Berlin I 101, Berlin II 30, Charlottenburg 50, Derne 18, Dortmund 25, Düsseldorf 30, Herne 35, Laar 23, Marten 31, Oberhausen 27, Paris 10, Solingen 30, Wanne 30.

b) in der Heimat: Gnesen 22, Gostyn 15, Hohenfalsa 18, Jersitz 23, Kosten 26, Kattowitz 20, Ostrowo 19, Posen 120, Rozdzien 15, Tremessen 16, Breslau 18.

Weniger als 10 Exemplare abonnieren in der Heimat (die Ziffern in Klammern bedeuten die Zahl der in früheren Jahren abonnierten Exemplare):

Bartschin 1, Bentzen 5 (15), Culmsee 2 (7), Culm 3, Czempin 3, Czarnikau 3, Graudenz 2, Grätz 5, Kleinwig 6, Grabow 1, Jarotschin 5, Kurnik 9, Koschmin 3, Lipine 6 (16), Lissa 4 (11), Löbau 5, Miloslaw 1 (10), Mogilno 3 (6), Nakel 1, Opalenika 3 (4), Obornik 8, Storchneft 3 (5), Punitz 6 (12), Schrimm 5, Samter 6, Strelno 8, Schroda 6, Schweg 5 (6), Schwerzenz 4, Thorn 5, Wittkowo 3 (8), Wogrowitz 5, Wreschen 7 (20), Briesen 3.

Wie kann nun in obigen Vereinen ein Sokolleben herrschen, wie soll der Geist nicht absterben, wenn durch die angeführten Ziffern bewiesen worden ist, daß selbst die Vorstandsmitglieder kein Pflichtgefühl zur Abonnierung des Organs haben, das sie sich selbst vor 4 Jahren geschaffen haben.

Die Kameraden, Vorsitzende, Schriftführer, Turnwarte und namentlich die Vorsitzenden und Schatzmeister bitten wir, sie mögen die Angelegenheit des Organs und seiner Abonnierung auf die Tagesordnung zur Beratung in der nächsten Vorstandssitzung und den nächsten Monatsversammlungen der Vereine stellen. Nehmen wir uns ein Beispiel an der Fremde — fast jeder Sokol, sei er ein Handwerker, Arbeiter oder Bergarbeiter, abonniert den Sokol. Bei 6000 Mitgliedern drucken wir gegenwärtig 1600 Exemplare — das ist

wenig! Und von diesen 1600 Exemplaren sind für das verflossene Jahr erst 1200 Exemplare bezahlt worden! Das ist noch weniger!

Gehen wir in uns! Wenn der Vorsitzende hierüber sprechen, die Sache anregen, der Schatzmeister eifrig agitieren wird, so wird 1 Mk. jährlich oder 50 Pf. halbjährlich jedes brave Sokolmitglied gern für sein Organ opfern.

Die diesbezüglichen Formulare sind den Kameraden Vorsitzenden und denen, welche das Blatt verteilen, bereits zugesandt worden. An euch Kameraden liegt es, ob sich dies Blatt erhält — sendet Aufträge, eine Schande für einen Verein, der weniger als zehn Exemplare abonniert.

Aus Nr. 1 des Sokol (Posen)

vom Januar 1906:

Mogilno.

Sonntag, den 26. November 1905 hat im Lokal des Herrn Jankowski eine Versammlung des Turnvereins „Sokol“ stattgefunden. Der Verein Mogilno war das ganze Jahr untätig gewesen; endlich haben sich Kameraden gefunden, welche den Sokol aus dem langen Schlafe weckten. Die Versammlung wurde von dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden Kameraden Jarecki eröffnet. Anwesend waren 30 Personen. Nach einer Ansprache des Kameraden Jarecki wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. — Es wurden einstimmig in den Vorstand gewählt: Kam. Jarecki zum Vorsitzenden, Kam. J. Szychalski zum Schriftführer und Kam. L. Krojniak zum Turnwart.

Außer den oben angeführten in den Vorstand gewählten wurden noch fünf Kameraden in den „Rat“ gewählt. Hierauf hielt der allgemein verehrte Pfarrer Wlodarczyk eine Ansprache, in der er die Mitglieder zur eifrigen Arbeit ermunterte, damit der Verein nicht zu Falle komme wie einst.

In die Reihen des „Sokol“ traten 25 Mitglieder ein. Die Behörde vertrat ein Polizei-Sekretär.

Gzolem

(Untertänigster Diener).

J. Szychalski,
Schriftführer.

L. Krojniak,
Turnwart.

Aus Nr. 3 der Praca (Posen)

vom 21. Januar 1906:

Wo verdeutschten sich unsere Töchter?

II.

Als wir die Angelegenheit der Erziehungsanstalten, in welchen unter Obhut Fremder die polnischen Mädchen sich angeblich bilden, berührten, wollten wir vor allen Dingen feststellen, daß in einem derartigen Kloster in Rokitten im Kreise Meseritz drei viertel der Zöglinge Polinnen sind, welche im Gefühl des Selbstbewußtseins und ihrer angeborenen Rechte wenigstens einen Unterrichtsgegenstand — und zwar den der katholischen Religions-Wahrheiten — in der Muttersprache lernen wollten.

Diese erfreuliche Erscheinung wurde jedoch durch eine spätere Tatsache in einem gewissen Grade verdunkelt — daß nämlich die weibliche Jugend, ungeachtet der ihr zuerkannten Rechte und einer teilweisen Befriedigung der Forderungen, freiwillig zum deutschen Religionsunterricht überging.

Das mußten wir mit dem Namen einer traurigen Verleugnung seitens der Mädchen brandmarken, einer

Verleugnung, welche zwar nicht direkt von den Mädchen eingeleitet, sondern unter dem Einfluß des Zuredens und des Versprechens entstanden war. — Es bleibt uns zu entscheiden wie es eigentlich kam, daß die Leiterin der Anstalt ihrerseits es anerkannt hatte, daß den polnischen Mädchen der polnische Unterricht zukomme. Wir nehmen an, daß die Vorsteherin der Anstalt, als eine aufgeklärte und fromme Person, es begreiflich findet, daß es ihr selbst z. B. unangenehm und schmerzlich wäre, wenn sie jemand dazu zwingen wollte, in einer für sie fremden Sprache zu beten und zu denken, wenn sie z. B. Gebete der Ordensregel in der polnischen Sprache würde herjagen müssen.

Warum sind diese Erscheinungen der Gerechtigkeit oder der Sympathie so grundverschieden davon, was während des Jahres in der Anstalt geschah, es lohnt hier tiefer hineinzublicken und zu untersuchen, was die Ursache dieses Gegensatzes war; ob das preussische Schulsystem diesen Druck ausübte — oder ob hier ein anderer, ein Nebeneinfluß tätig war.

Bevor wir aber zu unserer Folgerung kommen, müssen wir hier noch klarlegen, welchen Standpunkt die polnische Sprache in der Anstalt eingenommen hat. Auch hier müssen wir zwei Sachen hervorheben:

den Unterrichtsplan der Schule, der unter der Hut der preussischen Schulbehörde steht, das Leben der Zöglinge außerhalb der Schule, das sogenannte Leben im Internat.

Was den Religionsunterricht im allgemeinen anbelangt, so wird dieser laut den letzten Bestimmungen der Regierung gegenwärtig in allen Mädchen-Anstalten in der deutschen Sprache erteilt.

Polen, welche den Religionsunterricht ihrer Kinder in der Muttersprache für ihre Pflicht halten, unterrichten ihre Kinder außerhalb der Schule zu Hause und erreichen ihr Ziel.

Diejenigen polnischen Mädchen, welche sich außerhalb des Elternhauses zwei oder drei Jahre aufhalten und im Internate außerhalb des Schulunterrichts die Religion in der Muttersprache nicht lernen können, müssen die nicht verdeutschten?

Überzeugen wir uns also, ob unsere sich in Rokitten bildenden Töchter außerhalb der Schulpflichten in der Lage sind — als Autodidaktinnen — ihre Muttersprache soweit zu pflegen, daß sie sie wenigstens zu beherrschen nicht vergessen.

Es ist Tatsache, daß zu Lebzeiten des Dekans Garstké, welcher allen Zöglingen gegenüber gerecht war, den polnischen Schülerinnen kein Hindernis in den Weg gelegt wurde, um bei der in der Anstalt ständig wohnenden polnischen Lehrerin polnisch lernen zu können.

Tatsache ist auch, daß die Mädchen polnische Bücher lesen durften, von denen eine bescheidene Auswahl im Hause vorhanden war.

Tatsache ist weiter, daß man im Unterricht des Klavierspiels eine Lehrerin polnischer Nationalität beschäftigte.

Tatsache ist auch, daß unter den Ordensschwestern einige Polinnen waren, welche sich mit den Fräuleins polnisch unterhielten.

Indessen hat sich seit einiger Zeit alles gründlich geändert.

Die polnische Lehrerin, unzweifelhaft die intelligenteste Person der Anstalt, hat diese verlassen, da sie sich überflüssig darin fühlte indem

1. mit einem Mal die polnischen Bücher, welche die Schülerinnen außerhalb der Lektion gelesen haben, verschwunden waren. Weiter

2. der Verband der „Kinder Maria“, der seit langer Zeit existierte, aufgelöst wurde,

3. es wurde den Schülerinnen verboten, die polnischen Schwestern in polnischer Sprache zu begrüßen,

4. es wurde ihnen verboten, während des Ausräumens der Stuben untereinander polnisch zu sprechen,

5. durch das Versprechen des polnischen Religionsunterrichts wurden sie verpflichtet, dem Gebrauch der Muttersprache während des Ausfluges nach Mejeritz zu entsagen,

6. alle polnischen Schwestern bis auf eine, die man aus dem Pensionate entfernt hatte, wurden aus dem Kloster in Rokitten nach Trebnitz verlegt,

7. es wurde den Schülerinnen angekündigt, daß in kurzer Zeit „nichts Polnisches“ mehr in der Anstalt sein würde.

Das sind unbestreitbare Tatsachen. Es bleibt uns nur die Triebfeder herauszufinden, welche diese ganze Handlung leitete. Es fällt nicht schwer auf diese hinzuweisen, denn jeder wird sie leicht erraten. Vorläufig wollen wir noch niemanden mit Namen nennen, denn diese Vorkommnisse haben Zusammenhang mit einer rein ordenskirchlichen Angelegenheit, die wir augenblicklich nicht erörtern wollen.

Unsere Informationen schließen wir heute nur mit der Warnung, die Eltern mögen ihre Töchter nicht freiwillig als Beute des Deutschtums preisgeben. Es entnationalisiert auch so schon genug weibliche Jugend in den Volksschulen. Und mitunter ist das Los dieser Mädchen bedauernswert.

Es geschah, daß eines von den Fräuleins, die in der Anstalt von Rokitten erzogen wurden — eine Waise aus dem Königreich — das auch dort die großen Ferien verbrachte, wider Willen von jenen ordenskirchlichen Vorkommnissen erfahren hatte, was den dortigen Schwestern eine Beunruhigung verursachte.

Auf dieses Mädchen fiel der Verdacht, sie hätte ihre Freundinnen zur Forderung des polnischen Religionsunterrichts aufgereizt. Um dieses angeblich böse Element aus dem Hause zu entfernen, haben drei deutsche Schwestern — während der Abwesenheit der Vorsteherin — dieses Fräulein zu jener Tante aus der Anstalt fortgeschickt, ohne sicher zu sein, ob diese zu Hause sei.

Es ist wahr, die Furcht hat große Augen, aber ob durch diese Handlungsweise die barmherzigen Schwestern ihren Zweck erreichen werden?

Wenn christliche Barmherzigkeit ihnen auch die Neigung eingibt, sich der Erziehung der Jugend zu widmen, so müßten sie der polnischen Geinamtheit, deren Töchter sie erziehen wollen, aufrichtig und ehrlich gestehen, daß sie ihnen den polnischen Katechismus und die polnische Literatur nicht zur Hand geben können, da ihnen dieses, sei es das preußische System oder andere Nebeneinflüsse nicht gestatten, sie mögen aber nicht den Hafatismas im Hause pflegen und unseren Mädchen die moralischen Begriffe nicht verwirren.

Dann werden wir uns selber mit unseren Töchtern Rat geben, — wir werden selber wissen, wo unsere Töchter die deutsche Sprache, wo die Hausarbeiten, wo die Muttersprache und wo sie einen gefälligen gesellschaftlichen Umgang lernen sollen, und zwar ohne Nachteil für ihren polnischen Geist und gleichzeitig der Bestimmung einer christlichen, tapferen Frau.

Eine solche Offenheit seitens jener Ordensschwestern würde viel wert sein.

Aus Nr. 16 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 21. Januar 1906:

Aus dem Großherzogtum Posen

schreibt man uns in Sachen des polnischen Schreib- und Leseunterrichts in den Volksschulen folgendes:

Das, was bei uns geschieht, zeigt uns klar und offen, daß die Gesetze und Vorschriften nur dazu existieren, daß sie die Polen beachten, während die Deutschen sie willkürlich und straflos übertreten können.

Das lehren uns in treffender Weise die heutigen Verhältnisse in unseren Schulen.

In unseren Schulen soll infolge Ministerialerlaß vom 16. März 1894 in den mittleren Klassen polnischer Lese- und Schreibunterricht fakultativ erteilt werden, sobald es die Eltern ausdrücklich fordern, daß ihren Kindern dieser Unterricht erteilt werden solle.

So haben auch bei uns die Eltern in diesem Jahre diesen Unterricht für ihre Kinder gefordert, indem sie ein entsprechendes Gesuch an den Lehrer gerichtet haben.

Doch ich habe mich sehr gewundert, daß in unserer Schule der Lehrer diesen Unterricht nicht erteilt.

Einmal fragte ich das Kind eines Verwandten, das die mittleren Klassen der Schule in M. N. besucht, ob es (polnisch) Lesen und Schreiben lernte?

Nein — antwortete das Kind.

Die Eltern haben aber doch gefordert, daß der Lehrer auch polnisch Lesen und Schreiben lehren soll.

Ja, die Eltern haben das gefordert.

Habt ihr denn auch polnische Lesebücher?

Ja — antwortete das Kind.

Gebraucht ihr sie niemals?

Nein!

Das machte mich stutzig. Um jegliches Mißverständnis zu vermeiden, fragte ich auch andere Kinder, die dieselbe Schule besuchen, ob auch sie in der Mittelstufe von dem Lehrer nicht polnischen Lese- und Schreibunterricht erhielten.

Nein, wir werden darin nicht unterrichtet, bestätigten alle Kinder.

Na, dachte ich mir, dieser unser Lehrer muß doch ein großer deutscher Patriot sein, wenn er so auf eigene Faust gegen den Ministerialerlaß diesen Unterricht aus seiner Schule beseitigt.

Doch bald darauf habe ich mich überzeugt, daß es nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Schulen ebenso zugeht. Ich war vor einigen Tagen bei meinen Verwandten in verschiedenen Ortschaften des Großherzogtums, und ich habe überall erfahren, daß auch dort die Lehrer in den mittleren Klassen polnischen Lese- und Schreibunterricht nicht erteilen. Wie mir die Kinder erzählt haben, ist dieser Unterricht gleich nach Ostern beseitigt worden.

Angefichts dessen drängt sich der Gedanke auf, daß es vielleicht im ganzen Großherzogtum so zugeht: die Eltern haben ihre Kinder zu diesem Unterricht angemeldet, während die Lehrer diesen Unterricht garnicht erteilen.

Mich wundert diese Saumseligkeit der Eltern. Das ist doch mindestens eure Pflicht, Eltern, darüber zu wachen, daß dieser Unterricht erteilt wird. Es genügt nicht, die Kinder zu diesem Unterricht anzumelden, sondern man hätte die Kinder fragen müssen, ob ihnen dieser Unterricht auch erteilt wird. Ihr habt doch dazu euren Kindern das Buch gekauft: „Kasinski, polnischer Schreib- und Leseunterricht“, und man hätte sich darum kümmern müssen, daß die Kinder auch in der Schule aus dem Buche lernen. Das ist leider nicht geschehen.

Was soll nun geschehen? Die Lehrer haben unrichtig und gesetzwidrig gehandelt, wenn sie diesen Unterricht nicht erteilen.

Wie kann dem abgeholfen werden?

Zuerst muß man seine Kinder ausforschen, ob ihnen dieser Unterricht erteilt wird. Man darf nicht darauf Rücksicht nehmen, daß der Lehrer einen gut-herzigen Eindruck macht, man darf sich nicht der Hoffnung hingeben, daß er so gesetzwidrig nicht handeln werde. Nein, forschet alle eure Kinder aus, und ich bin dessen sicher, daß ihr alle erfahren werdet, daß den Kindern polnischer Leses- und Schreibunterricht nicht erteilt wird.

Teilet dann eure Wahrnehmungen den Zeitungen mit, damit auch die anderen gewarnt und belehrt werden.

Und ferner, sobald ihr Kenntnis davon erhaltet, daß der Lehrer den Kindern in der Mittelstufe den polnischen Leses- und Schreibunterricht trotz Vorschrift nicht erteilt, müßt ihr eine Beschwerde gegen den Lehrer an den Schulinspektor, oder an die höhere Schulbehörde richten, und fordern, daß die Lehrer gemäß dem Ministerialerlasse handeln und euren Kindern diesen Unterricht erteilen.

Die polnischen Zeitungen im Großherzogtum Posen werden um Wiederholung meiner Worte gebeten.
Ein Freund der polnischen Kinder.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 10 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 14. Januar 1906:

Ein rätselhaftes Schreiben

haben wir von dem Herrn Pfarrer Dr. Liß aus Rumian infolge unserer Ankündigung erhalten, daß wir das Gesetz über die Kirchenvorstandswahlen veröffentlicht werden. Wir haben dieses Schreiben verschiedenen gebildeten, sowohl geistlichen als weltlichen, Herren gezeigt, und jeder hat nur verwundert mit dem Kopf geschüttelt, aber es fand niemand ein Wort der Erklärung dafür.

In der Hoffnung, daß sich unter unseren geehrten Lesern wenigstens einer finden wird, der uns eine entsprechende Aufklärung zu dem Briefe des Herrn Pfarrers Dr. Liß wird geben können, übergeben wir diesen Brief, ohne eine Änderung daran vorzunehmen, der Öffentlichkeit. Er lautet:

Lieber Herr!

Das „Gesetz“, oder vielmehr die Statuten über die Kirchenvorstandswahlen ist ein Maigesetz. Was sogar die Sozialdemokraten nicht machen, das will die Gazeta Toruńska tun, sie will das Volk lehren, die katholische Kirche auf Grund des Gesetzes in ihren Rechten zu schmälern. Die geistliche Behörde wünscht es nicht, daß öffentliche Sünder, Trunkenbolde (piacy) in der Kirche bürgermeistern könnten, **höchstens die preussische Regierung** — na und die Gazeta Toruńska.

Wir scheint es, daß Ihre Antipathie gegen die Geistlichkeit Sie auf eine sehr abschüssige Bahn treibt.

Veröffentlichen Sie dieses Gesetz — dann werde auch ich etwas schreiben.

Semper idem!

gez. Pfarrer Liß.

Soviel Herr Dr. Liß.

Wir werden uns mit ihm nicht zanken, aber wir erwarten das, was er nach der von uns erfolgten

Veröffentlichung des Gesetzes über die Kirchenvahlen angekündigt hat.

Heute bemerken wir nur, daß, obwohl dieses Gesetz wirklich ungefähr zu gleicher Zeit mit den sogenannten Maigesetzen beschlossen worden ist, die Kirche, die andere Gesetze zurückgewiesen und verdammt hat, das Gesetz über die Kirchenvahlen nicht nur angenommen hat, sondern sich sogar darum bemüht hat, daß die Geistlichen in den auf Grund dieses Gesetzes gewählten Kirchenvorständen als Vorsitzende fungieren sollten. Wir verstehen es nicht, weshalb ein von der Kirche anerkanntes Gesetz dem Volke verheimlicht werden soll, das auf Grund dieses Gesetzes oftmals mit seinem Vermögen, mit seinem Gewissen und mit seiner Ehre für die Unverletztheit des Kirchenvermögens verantwortlich ist. Zum bürgermeistern in der Kirche gibt das Gesetz keiner weltlichen Person das Recht, und der geistlichen Behörde ist die Möglichkeit gegeben, auf Grund des § 67 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltung des Kirchenvermögens vom 20. Juni 1875 (Gesetzsammlung Seite 241) öffentliche Sünder und Trunkenbolde aus dem Kirchenvorstande auszuschließen. Es wäre gut, wenn nirgends im Kirchenvorstande ein Trunkenbold usw. geduldet würde, denn das fordert das Wohl der Kirche und die Volksgesamtheit.

Mit der größten Entschiedenheit protestieren wir gegen den Verdacht einer Antipathie oder Abgeneigtheit gegen die Geistlichkeit.

Daß diese oder jene Einzelperson, der aus Unachtsamkeit erlaubt worden ist, das priesterliche Gewand zu tragen, sich uns gegenüber hat Michswürdigkeiten zu schulden kommen lassen, das ist für uns noch kein Anlaß, eine Abneigung gegen den ganzen so geachteten Stand, wie es der geistliche Stand ist, an den Tag zu legen.

Im Gegenteil, wir haben von unserer Geistlichkeit und von der geistlichen Behörde eine viel bessere Meinung, als verschiedene und sogar sehr hervorragende Geistliche, was wir mit den uns seinerzeit von ihnen zugesandten Briefen beweisen könnten, die wir nicht gedruckt haben — aus Achtung vor der Geistlichkeit und der geistlichen Behörde.

Der Vergleich der Gazeta Toruńska mit den Sozialdemokraten kann keinen Eindruck hervorrufen. Denn wenn der Herr Propst Odbrowski aus Thorn die Forderung kostenfreier Hebammen schlüssiger als Sozialismus, nämlich als Kommunismus bezeichnet hat, weshalb sollte da die Verkündung des Gesetzes über die Kirchenvahlen der Gazeta Toruńska nicht den Namen eines schlimmeren Blattes einbringen, als den eines sozialdemokratischen Blattes. Nur so weiter Alles das, was diesem oder jenem unangenehm oder unnötig scheint, als Sozialismus stempeln, dann wird Bebel bald genötigt sein, über einen anderen Namen für seine Partei nachzudenken.

Richtig ist es, daß die Sozialdemokraten Gesetze über Kirchenvorstandswahlen nicht veröffentlichen, denn das haben vor ihnen schon Mitglieder der Zentrumsfraktion getan, und zwar die Herren Schmiedding und Tourneau mit Hilfe des katholischen Verlages von Ferdinand Schöning in Paderborn.

Dieses Buch kann man für billiges Geld in jeder Buchhandlung kaufen, und wir haben noch nicht gehört, daß es der Kirche Schaden zugefügt hätte.

Aus Nr. 18 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 24. Januar 1906:

Von Herrn Dr. Karasiewicz aus Tuchel

erhalten wir folgendes Schreiben:

Tuchel, 21. Januar 1906.

In der Angelegenheit der Wahlen zum Kreistage im Bezirk Racionsk (?) wird mir von verschiedenen Seiten vorgeworfen, daß ich als Starost des „Strazvereins“ darüber hätte wachen müssen, daß in diesem Bezirk ein Pole gewählt werde.

Demgegenüber erkläre ich, daß ich Starost für die Stadt Tuchel und nicht für den Kreis Tuchel bin; **für den Kreis Tuchel ist Herr Dr. Polczynski aus Wyszki Starost**, das in Racionsker Parochie liegt.

Übrigens hat mir Herr **Frydrychowiez aus Tuchel** versprochen, diesen Bezirk zu überwachen, und er erklärte mir auch kurz vor den Wahlen, daß die Wahl eines Polen in der Person des Herrn **Krenci** gesichert sei.

Daß Herr Frydrychowiez in derselben Zeit, als er mir das versicherte, im Stillen für den Gegner gearbeitet hat und die Wähler zu seiner Wahl aufgefordert hat, habe ich leider erst nach den Wahlen erfahren.

Dr. Karasiewicz.

Aus Nr. 5 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Januar 1906:

Aus Wisewo, Kreis Kulm

sind uns sehr traurige Nachrichten zugegangen. Es haben nämlich die mit den Ansiedlern von Bielawek nach Struzjon zu grenzenden sechs polnischen Besitzer beabsichtigt, ihre Wirtschaften an die Ansiedlungskommission zu verkaufen. Den angestrengten Bemühungen des ehrwürdigen Herrn Propstes und einigen anderen ehrenwerten Personen ist es jedoch — Gott sei Dank — gelungen, sie von ihrer unglücklichen Absicht abzubringen. Nur einer von diesen in finanzieller Beziehung sehr gut stehender Besitzer schwankt noch, weil ihm die Ansiedlungskommission einen höheren Preis bietet als seine Landsleute, die sein schönes Grundstück erwerben möchten. Es darf indessen gehofft werden, daß auch er sich schließlich die Sache überlegen und so handeln wird, daß die katholische und polnische Sache durch ihn keinen schweren Schaden erleidet.

(Wenn sich diese Hoffnung mit Gottes Gnade nur verwirklichen möchte. Die Redaktion.)

Aus Nr. 7 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 16. Januar 1906:

Gacki bei Drittshheim.

In diesen Tagen hat Katharina Sawrych aus Bromberg, früher in Gacki, 110 Morgen Land von Herrn Schönwelt (einem Deutschen) für 43 000 Mark gekauft.

Aus Nr. 7 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 16. Januar 1906:

Ein schönes Vorwerk

in der Kassubei, 1300 Morgen groß, Weizenboden, das sich zur Parzellierung eignet, steht für 340 000 Mk. zum Verkauf.

Ankunft erteilt die Redaktion des Pielgrzym.

Aus Nr. 8 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 18. Januar 1906:

Aus Thymau bei Mewe

wird uns mitgeteilt, daß Herr Maryan Bahr aus Grabowo von einem hiesigen Deutschen 120 Morgen guten Ackers ausgekauft hat. — Dem neuen Besitzer ein „Glück auf!“

Es steht hier noch ein 32 Morgen großes Grundstück zum Verkauf. Nähere Auskunft erteilt Herr B. Bahr in Thymau bei Mewe.

Aus Nr. 8 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 18. Januar 1906:

Stenzysze (Stenditz?).

Nach Neujahr hat sich hier ein Mehl-, Kleie-, Kohlen- usw. Geschäft „Kolnik“ gebildet nach Art des „Kolnik“-Geschäfts in Pielplin. In diesen Tagen hat sich unserer „Kolnik“ mit großen Vorräten verschiedener Sorten von Mehl versehen. Die Ware ist preiswert und rein. Ich hoffe, daß unser „Kolnik“ ein gutes Geschäft machen wird, umsomehr, als die Umgegend überwiegend polnisch ist. Und bald werden sich die Leute überzeugen haben, daß sie dort besser bedient werden als bei Fremden — deshalb wird und muß auch jeder die Seinen unterstützen.

Vor zwei Jahren hat unser ehrwürdiger Herr Propst die „Bank ludowy“ (Volksbank) gegründet, von der sich zu Anfang Verschiedene fern gehalten haben. Aber jetzt ist schon ein derartiger Geldzufluß, daß man nicht weiß, woher es kommt. Jetzt hat unser ehrwürdiger Herr Propst wieder diese zweite Institution, den „Kolnik“ gegründet. Es ist schwer zu sagen, wieviel Mühe und Arbeit unserem ehrwürdigen **Herrn Propst Pikarski** die Sorge um das materielle als auch geistige Wohl seiner Parochianen verursacht.

In unserem polnischen Volk steckt noch Kraft, wenn nur jemand da ist, der sie in Bewegung setzt. **Unsere Parochie macht gegenwärtig mit Hilfe der beiden geschätzten Geistlichen Gott sei Dank bedeutende Fortschritte, sowohl auf dem Wege der geistigen Wiedergeburt als auch in materieller Beziehung.**

Ein Glückauf unserem jungen „Kolnik!“

Aus Nr. 10 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 23. Januar 1906:

In Glatow

ist, wie uns mitgeteilt wird, eine Gastwirtschaft mit 10 Morgen Land einschließlich Wiesen unter günstigen Bedingungen zu erwerben. Der Konsens ist gesichert, Anzahlung nach Übereinkunft. Es wäre zu wünschen, daß sich ein Pole meldete und diese Gastwirtschaft kaufte. Der jetzige Besitzer würde sie gerne an einen

Polen also an einen Landsmann verkaufen. Er muß die Gastwirtschaft verkaufen, weil er das Geschäft seines Dufels übernimmt. Wenn sich von den Landsleuten niemand meldet, wird er gezwungen sein, die Gastwirtschaft an jemand anders zu verkaufen. Anmeldungen nimmt Herr Wojciech Czarnecki aus Flatow, Westpr., entgegen.

Aus Nr. 5 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 13. Januar 1906:

Djche, den 9. Januar 1906.

Am vorigen Sonntag hielten hier die deutschen Radfahrer ein Vergnügen ab, auf dem es auch nicht an Polen und speziell Polinnen gefehlt hat, die dem Kirchenchore angehören. Eine Dame hat sogar ihren kranken Mann zu Hause gelassen und ist mit den Töchtern zu diesem Vergnügen gegangen, weil es dort „fein“ und „nett“ sein sollte. Zum Vergnügen des Volksvereins (towarzystwo ludowe) kommen sie nicht hin, denn es ist ihnen nicht gut genug mit Leuten vom Pfluge und der Senje zu tanzen. — Ist denn ein derartiges Verhalten einer rechten Polin würdig? Hat denn die polnische „Wanda“*) auch so gehandelt? Also meine Damen, bessern sie sich, so lange es noch Zeit ist!

Ein Mitglied des Gesangsvereins.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 14 des Dziennik Slaski (Beuthen D.-S.)
vom 18. Januar 1906:

Die Entwicklung der partei-politischen Verhältnisse in Schlesien

war folgende: Im ersten preussischen Landtage saßen konservative und liberale Abgeordnete, je nachdem ihre Anhänger Einfluß und Druck auf die Wähler ausüben konnten, es gab aber auch schon 2 polnische Abgeordnete: die verstorbenen Pfarrer Szafranek und Landwirt Gorzalka. Dann herrschten die Konservativen, Liberalen und andere Parteien, insofern ihre Mitglieder als Besitzer von großen Gütern, Hütten, Gruben und Fabriken Druck ausübten.

Als der Kulturkampf begann und die Zentrums-partei unter dem Einfluße der Gutsbesitzer, z. B. der Grafen Hendel, Ballestrem, Schaffgotsch sich zu organisieren anfang, da wählte Oberschlesien Zentrumsabgeordnete. Als der Kulturkampf nachließ, traten andere Angelegenheiten in den Vordergrund und beschäftigten die Wähler. Damals begann der Kampf der polnischen Bevölkerung gegen die Nachgiebigkeit der schlesischen Zentrumsleute gegenüber der preussischen, protestantischen Regierung, gegen die Germanisierung, gegen neue Steuern, Ausgaben usw. Es traten vor allem auch soziale und nationale Fragen an die erste Stelle. Trotz großer Schwierigkeiten widmete sich die polnische Volkspartei diesen Angelegenheiten.

Die nationalen und sozialen Unterschiede und Gegensätze nahmen zu. Es wuchs die Abneigung gegen die schlesischen Abgeordneten, je mehr unter ihnen germanisierten und der Regierung nachgaben. Es kam zu Niederlagen des Zentrums bei den Wahlen, zur Spaltung im Zentrumslager: Die polnischen Wähler im Industriebezirk traten aus der Zentrumspartei aus.

*) Eine sagenhafte polnische Königin, die, als ein deutscher Fürst Rhydger sie mit Gewalt zur Heirat zwingen wollte, sich in dem jetzigen Krakau in die Weichsel gestürzt haben soll.

Am wichtigsten für die hl. Kirche und für das polnische Volk ist: Auf welche Seite wird sich die diesem Volke entstammende Geistlichkeit stellen?

Der Katolik wies die beim polnischen Volke wohlwollenden und diesem Volke entstammenden Geistlichen darauf hin, sie möchten sich der katholischen und polnischen Volksbewegung anschließen, weil dies eine Rettung vor bösen Folgen wäre.

Nach der letzten Wahl in Kattowitz-Zabrze erklärten die Herren Büchner (Schles. Volksztg.) und der Abgeordnete Graf Praszma, man könne auf die Anhänger des Katolik nicht mehr rechnen, man müsse sich nach anderen Verbündeten umsehen, z. B. nach den Konservativen. Nienkewer aus Berlin schrieb und viele Zentrumsblätter wiederholten es, daß man in der Fraktion unsichere Leute, d. i. polnische Zentrumsleute, nicht gebrauchen könne. Der Abgeordnete Krolak trat aus der Reichstagsfraktion aus, die anderen blieben. Der Kampf der deutschen Zentrumsblätter gegen die polnische Bewegung wird immer heftiger. Wenn polnische Geistliche zur Verteidigung des polnischen Volkes und dessen Übertritts in das polnische Lager das Wort nehmen, da veröffentlichen manche Zentrumsblätter heftige Artikel gegen diese Geistlichen, deren Namen übrigens der breiteren Allgemeinheit nicht bekannt sind.

Die Breslauer Zentrumsführer wiegeln die Geistlichkeit gegen die polnische Bewegung auf, aus deren Mitte in der Versammlung zu Kattowitz Stimmen laut werden: „Wenn das Zentrum die Friedensbedingungen nicht annimmt, dann werden wir unseren eigenen Weg gehen“.

In der Gazeta Opolska erscheinen Artikel von zwei Geistlichen, die dazu ermuntern, daß dieser eigene Weg zum polnischen Lager führen möge, wo sich bereits ein großer Teil des polnischen Volkes befinde. Über diese fielen die Zentrumsblätter her.

Jetzt schreibt wieder einer von diesen polnischen Geistlichen: Gott sei Dank, schon ein ansehnlicher Teil der Geistlichen nimmt einen wohlwollenden Standpunkt ein gegenüber der nationalen Bewegung. . . . Die Geistlichen, welche sich von der gegenwärtigen Lage Rechenschaft geben, lassen sich von der Beteiligung an dieser völlig berechtigten Bewegung nicht abschrecken. Vergeblich sind alle Bemühungen des Zentrums nach dieser Richtung hin. Früher oder später müssen das polnische Volk und die polnischen Geistlichen in einem Lager stehen.

Alsdann führt der Geistliche Kyz Beweise dafür an, daß die polnische Bewegung weder sozialistisch, noch revolutionär, noch katholikenfeindlich ist. „Wenn sich diese oder jene Person, der man mit Recht dies oder jenes vorwerfen könnte, dieser Bewegung angeschlossen hat, so darf man dennoch wegen einzelner Personen nicht die ganze Sache verurteilen. . . . Wenn man wegen des Verhaltens einzelner Personen eine ganze Partei verurteilen wollte, so hätte gar keine Partei eine Daseinsberechtigung. Die ober-schlesischen Geistlichen sind gegenwärtig noch in ihrer Mehrzahl der Zentrumspartei mit Leib und Seele ergeben. . . . Der Kampf tobt zwischen der polnischen Bewegung und der Zentrumspartei, mithin auch den Geistlichen. Indes müßten die Sozialdemokraten mit vereinter Kraft bekämpft werden. „Die Hauptsache ist, daß das ober-schlesische Volk katholisch bleibt.“

Die gerechten und gemäßigten Geistlichen beginnen selbst die Überzeugung zu gewinnen, daß sie das nationalbewußte polnische Volk nicht von sich stoßen dürfen. . . . Ein hervorragender, aber nüchtern denkender Geistliche (Zentrumsmann) sagte offen: „Um der Zentrumsache willen denke ich nicht daran, mich mit meinen polnischen Pfarrkindern zu entzweien“ . . .

Das sind schöne Worte. Wann endlich werden wir Taten sehen?

Aus Nr. 12 des Dziennik Śląski (Bentzen D.-S.)
vom 16. Januar 1906:

Chorzow.

Die hiesigen Kirchengüter, welche zum Breslauer Bistum gehören, hat bekanntlich der preussische Fiskus teils durch Kauf, teils durch Tausch erworben. Der Kirchenvorstand war niemals damit einverstanden, weil er gewisse Rechte auf die Einkünfte dieser Güter hatte.

Gegenwärtig wird mitgeteilt, daß diese Güter noch nicht aufgelassen wurden, und es ist nicht bekannt, ob diese Auflassung jemals erfolgen wird. Auf den Chorzower Gütern ruhen nämlich gewisse Lasten, die nur mit Einwilligung aller Erben beseitigt werden können. Da manche dieser Lasten schon sehr alt sind, so ist es auch nicht bekannt, wo und welche Erben, die gewisse Rechte darauf besitzen, noch existieren.

Wenn aber irgend ein Richter die Auflassung der Güter zugunsten des Fiskus vollziehen würde, und wenn sich dann plötzlich irgend ein Erbe mit Forderungen fände, dann müßte ein solcher Richter alle Forderungen aus eigener Tasche bezahlen. Kein Richter wird es also wagen, die Auflassung zu vollziehen, und daher ist es nicht bekannt, ob die Auflassung jemals zustande kommen wird.

Sehr wichtig ist in dieser Angelegenheit auch der Widerstand des Kirchenvorstandes, denn die Auflassung kann nur mit Einwilligung des Kirchenvorstandes erfolgen. Der Kirchenvorstand hat bisher noch nicht eingewilligt, und mit Recht.

Es wurde auch versucht, den Kirchenvorstand aufzulösen und anstelle des Vorstandes einen Regierungskommissar zu setzen, der die Auflassung unterzeichnen würde, aber auch hier waren die Schwierigkeiten so groß, daß dieser Gedanke aufgegeben wurde, da man das Gesetz nicht vergewaltigen wollte. Der Kirchenvorstand kann nämlich ohne triftigen Grund nicht aufgelöst werden. Der Kirchenvorstand wird also der entscheidende Faktor bei der Auflassung der Güter bleiben.

Die Gründe, weshalb sich der Kirchenvorstand der Auflassung widersetzt, sind billig und triftig. Vor allem dachte derjenige, der die Güter der Kirche vermachte, nicht im mindesten daran, daß diese Güter jemals verkauft würden. Der Verkauf der Güter ist also nicht nach dem Sinn und Willen des Erblassers.

Dann besitzen diese Güter für immer einen festen Wert, während die Gruben, welche der Fiskus für die Güter als Teil der Bezahlung angeboten hat, im Laufe der Zeit erschöpft und aufhören werden, eine Einnahmequelle zu sein.

Schließlich wird das neue Schulunterhaltungsgesetz, wenn es im Landtage durchkommt, noch deutlicher zeigen, daß schlecht daran getan würde, wenn die Güter verkauft worden wären. Die Chorzower Güter haben bis jetzt ein Drittel der zur Schulunterhaltung notwendigen Kosten bestritten. Nach dem neuen Gesetz werden die Güter nur einen gewissen Teil, der im Verhältnis zu den Gutseinkünften steht, zahlen. Wenn also die Güter weniger für die Schule zahlen wollen, dann werden die Bürger mehr zahlen müssen, denn die Schullasten vermindern sich nicht, sie werden höchstens fortwährend steigen.

So sieht die Angelegenheit der Chorzower Güter in den letzten Tagen aus. Obgleich also der Fiskus seit Ende 1904 auf diesen Gütern wirtschaftet, und

obgleich die Auflassung bereits im April 1905 erfolgen sollte, so sind diese Güter dennoch nicht gerichtlich zugunsten des Fiskus aufgelassen, und sie werden vielleicht nicht aufgelassen werden. Der Vorstand und die Vertreterschaft der Kirche mögen sich dessen freuen, und mögen sie vorsichtig vorgehen wie bisher.

Aus Nr. 10 des Polak (Katowitz)

vom 23. Januar 1905:

Chorzow.

Da die Hafatisten fortwährend gegen uns hetzen, indem sie uns verräterischer Absichten zeihen und sogar brave Deutsche gegen uns aufwiegeln, die in unsere Lage nicht tiefer hineingeblickt, so bitte ich, ein paar Worte aufzunehmen zur Aufklärung darüber, welches unsere Stellung den Deutschen gegenüber ist.

1. Wir zahlen Steuern ebenso wie die Deutschen, man behandelt uns aber als Bürger zweiter Klasse, man bewilligt Millionen zum Aufkauf unserer Erde, um uns auszurotten, und zwar von den Geldern, die wir als Steuern zahlen; von ihnen zahlen sie auch die Ostmarkenzulagen Denjenigen aus, die uns entnationalisieren, wodurch sogar brave Deutsche Verluste erleiden, weil die Staatskasse verarmt.

2. Wir leisten Militärdienste und vergießen unser Blut für die Deutschen. Womit vergelten sie uns aber dies? Sie strafen unsere Redakteure mit hohen Geldstrafen und sogar mit Gefängnis, wenn sie sich unserer annehmen. Niemand von uns, der seine Rationalität nicht verleugnet, erhält ein Amt, nicht einmal den Posten eines Nachtwächters, wofür wir Beweise in Chorzow und anderen Ortschaften haben, man erschwert uns die Abhaltung von Versammlungen und Theatervorstellungen, man erlaubt uns nicht, uns der Muttersprache bei Behörden, vor Gericht und bei der Arbeit zu bedienen, manche Lehrer erlauben sich sogar, unseren Kindern mit Strafen zu drohen, wenn sie auf der Straße und zu Hause mit den Eltern polnisch sprechen werden. Ebenso drohen sie ihnen Strafen an, wenn sie mit uns an polnischen Andachten teilnehmen werden und sie befehlen ihnen, nur deutschen Andachten beizuwohnen. Diejenigen, die wir mit unseren Steuern besolden, vergessen, daß es ihnen nicht erlaubt ist, ihre Nasen in unsere Familien hineinzustecken, und daß wir Väter außerhalb der Schule über unsere Kinder verfügen.

Die Deutschen haben uns unser Land genommen, und wir leben gegenwärtig in einem Verfassungsstaate, man erlaubt uns aber nicht, von den Rechten der Verfassung Gebrauch zu machen. Vielleicht fürchten die 60 Millionen Deutschen, daß wir 3 Millionen Polen sie mit unseren Mühen zudecken vermöchten, oder vielleicht gönnen sie uns die Rechte der Verfassung darum nicht, weil die Polen 50 Jahre eher eine Verfassung hatten, als sie.

So behandeln uns die Deutschen. Sie sehen bei uns als Verbrechen an, was für sie heilig ist, wie z. B. die Rationalität und die Muttersprache. Wir ertragen diese Unbilden geduldig, da wir dessen eingedenk sind, daß im Himmel ein gerechter Gott ist, der die ganze Welt regiert.

Aus Nr. 3 des Polak (Rattowitz)

vom 6. Januar 1906:

Goraj.

Da ich den Polak fleißig lese, entschloß ich mich schließlich, meine geehrten Kollegen in Schlesien in Schutz zu nehmen, weil sie, wie ich sehe, selbst es nicht eilig haben. Als ich eine von den Korrespondenzen über einen dortigen Herrn Organisten las, war ich sehr verwundert, daß dort in einigen Parochien merkwürdigerweise keine Bruderliebe zwischen dem Herrn Organisten und den Parochianen herrscht. Sollte wirklich der Herr Organist in dieser Angelegenheit die Schuld haben? Es fällt mir schwer, dies zu glauben, weil, wie ich weiß, jeder Organist unter der Aufsicht des Herrn Ortspfarrer steht und ohne dessen Wissen nichts tun kann. Hier ist eine Beichtigung seitens der Herren Kollegen nötig, denn daß die Parochianen öffentlich in einem Blatte schreiben könnten: „Komm nicht zu uns, denn du bekommst nichts,“ das ist etwas zu unangenehm. Ich muß an dieser Stelle bemerken, daß, wie der Landmann mit Freuden eine reichliche Ernte erwartet, sich ebenso der Organist auf die Rollende freut, um seine finanzielle Lage das ganze Jahr über besser zu beseitigen. Wenn der Herr Pfarrer dem Organisten befiehlt, er solle mit ihm fahren, so muß er gehorchen. Dir steht es frei, etwas zu geben oder nicht, denn gibst du nicht, so ist es gut, gibst du aber etwas aus gutem Herzen, so ist es noch besser. Aber öffentlich auszurufen: „Ich gebe nichts,“ ist etwas zu stark. Jene erste Korrespondenz hat so vorzügliche Erfolge gezeitigt, daß es, so oft ich die Zeitung in die Hand nehme, heißt: Drauf los auf den Schelm! Wäre es denn nicht besser, die Herren Organisten brieflich zu warnen? Indes wünsche ich euch, daß in diesem neuen Jahre ein besserer Friede Einzug halte, und verbleibe

euer gehorsamer

J. K., Organist aus dem Posenischen.

Die Auslassungen des Korrespondenten können wir nicht gutheissen. Da er aus dem Großherzogtum Posen stammt, wo er sich sicherlich lange Zeit aufhielt, kennt er augenscheinlich die manchmal sehr traurigen Verhältnisse in den hiesigen Parochien nicht genau. Wir können ihm versichern, daß sich ebenso, wie wir unter den Geistlichen viele Germanisatoren haben, die das Deutschtum in der Kirche und in Vereinen offen und geheim fördern, hier in Oberschlesien viele Organisten finden, die sich bei den Behörden und bei ihren Vorgesetzten einen guten Namen machen und ihnen in der Ausbreitung der Germanisierung gleichkommen oder sie sogar überflügeln wollen. Zu diesem Zwecke wenden sie viele Mittel an, führen bei den Messen statt polnischen — deutschen oder lateinischen Gesang ein, um ihn später in deutschen Gesang umzuwandeln, wie darüber schon wiederholt Zeitungen berichteten, oder sie vernachlässigen den polnischen Gesang absichtlich. Und wie soll sich dieses Volk dagegen wehren? Durch briefliche Warnung? Dies Mittel ist vielleicht gut in Gegenden, in welchen unabhängige Leute leben. Hier im Industriebezirk aber, wo nicht nur jeder Arbeiter, sondern auch jeder Kaufmann und Handwerker abhängig ist, wird es niemand wagen, seinen Namen unter eine Warnung zu setzen, denn er wird sich nicht verschiedenen Verfolgungen aussetzen wollen. Einem jeden sind Beispiele bekannt, die ihn von einer solchen Handlungsweise abhrecken.

Wenn sie nichts destoweniger das Verhalten der Organisten an den Pranger stellen wollen, wenden sie sich mit ihren Klagen und Beschwerden an die Zeitung, welche diese Angelegenheit öffentlich berührt, andere Parochianen darauf aufmerksam macht, was geschieht,

und wie es geschehen soll, mit einem Worte die Bedrückten in Schutz nimmt. Die Zeitung hat hierzu nicht nur ein Recht, sondern es ist ihre heilige Pflicht.

Weiter übergehend zu dem Mittel, welches die Korrespondenten empfehlen, d. i. daß solchen Organisten nichts anläßlich der Rollende gegeben werden soll, können wir dies nicht als tadelnswert ansehen. Das ist vielleicht das einzige oder wenigstens das wirksamste Mittel, mit dem sich das Volk verteidigen kann. Es soll zugleich eine Strafe für begangene Fehler und eine Warnung sein, daß sie sich in Zukunft bessern sollen. Lebt doch jeder Organist vom Volke, es ist daher auch seine Pflicht, im Sinne dieses Volkes, und nicht im Sinne der Hafatisten zu arbeiten. Was würde der geehrte Herr Korrespondent dazu sagen, wenn ihn der Kaufmann, von dem er Waren kauft, beschimpfen und nicht so bedienen würde, wie er es verlangt, sondern ganz entgegengesetzt? Sicherlich würde er aufhören, von ihm Waren zu beziehen, und er würde andere auf das Benehmen des Kaufmanns aufmerksam machen. Ebenso und ganz mit Recht handeln die Parochianen. Anm. der Red.

Aus Nr. 7 des Polak (Rattowitz)

vom 16. Januar 1906:

Der Landsmann zum Landsmann.

In letzter Zeit lasen wir wiederholt in Zeitungen, daß vom Verbands der gegenseitigen Hilfe angelegte Versammlungen nicht stattfinden konnten, weil die Saalbesitzer im letzten Augenblick ihre Säle verweigerten. Sie beriefen sich gewöhnlich darauf, daß sie den Saal gern hergeben würden, es habe aber die Polizei einen Druck auf sie ausgeübt, sie sollten dies nicht tun, oder es hätten sich dem andere einflussreiche Personen widersetzt. Wir wollen nicht entscheiden, ob die Versicherungen der Herren Saalbesitzer auf Wahrheit beruhten oder ob sie es sich im letzten Augenblick überlegten und als Grund das angaben, was sie erst befürchteten; das eine ist gewiß, daß sie durch ihr Verhalten die Gesamtheit der Arbeiter, die häufig sogar aus entfernteren Gegenden zu diesen angesagten Versammlungen eingetroffen waren, materiellen Schaden aussetzten und überdies den Groll dieser Arbeiter wegen der getäuschten Hoffnung auf sich luden. Gewöhnlich dauerte dieser Groll und diese Entrüstung nur einen oder mehrere Tage, und dann kehrte alles zur alten Ordnung zurück. Der Arbeiter verstand oder mochte daraus nicht die entsprechenden Konsequenzen ziehen und beruhigte sich bald. Und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Besitzer, wenn der Arbeiter solcher Fälle gedenken und sein weiteres Verhalten nach ihnen richten wollte, ihr Vorzehen ändern würden. Die Polizei und andere einflussreiche Personen unterhalten doch diese Besitzer nicht, die den Arbeiter so gering schätzen und auf seinen Wunsch keine Rücksicht nehmen. Wir sind neugierig, ob dieser Saalbesitzer sein Verhalten nicht ändern würde, wenn alle Arbeiter als Antwort darauf aufhören würden, ihn zu besuchen, wenn sie das Geld, welches sie bei ihm lassen, wo andershin tragen? Wenn sie ein so energisches Handeln sähen, würden sie ihre Anschauung sicherlich ändern und ein zweites Mal weder auf die Polizei, noch auf andere Personen achten. Die Durchführung eines solchen Boykotts kann sogar nicht allzu schwierig sein, denn es ist dazu nichts weiter nötig, als Solidarität und guter Wille.

Die Solidarität beruht darauf, daß nicht nur einige Arbeiter aufhören würden, bei einem solchen Besitzer zu verkehren, sondern daß sich alle, die ganze

Gesamtheit der Arbeiter, die doch in dem hiesigen Bezirk überwiegen, beschließen würden so zu handeln.

Es ist vor allem guter Wille notwendig. Eine einzelne Person kann viel ausrichten, wenn sie will. Möge sie nur im Kreise ihrer Bekannten das Verhalten des Gastwirts erzählen, möge sie diese auf dessen Unfreundlichkeit aufmerksam machen, und sie wird gewiß viel Vernünftige finden, die ihn verstehen und seine Ratschläge befolgen werden. Ferner soll er, wenn ihn ein Kamerad zum Besuch dieses Gasthauses einladet, dies entschieden ablehnen.

So viel von den Gastwirten. Es genügt aber nicht, daß du bloß beim Vergnügen dir wohlwollende Leute unterstützest, du sollst dies stets und überall tun, vornehmlich aber bei allen Einkäufen. Wenn du von irgend einem Waren kaufest, so erweist du diesem Menschen einen Dienst, denn du läßt ihn verdienen und vermehrest sein Vermögen. Und wer hat darauf ein größeres Recht als derjenige, welcher die gleiche Sprache und die gleiche Religion hat, wie du? Denn er ist doch deinem Herzen der Nächste und dir am wohlwollendsten. Wie schön wäre es hier in Oberschlesien, wenn alle Polen in erster Linie bei Polen kaufen würden. Wieviel neue polnische Firmen würden entstehen, wie wüchse unsere nationale Bewegung, wieviel mehr Geld würde doch für unsere Zwecke zufließen? Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Hier und da ist ein polnischer Kaufmann, der gewöhnlich aus dem Posenen hier eingewandert ist, der Not leidet und wegen Mangel an Unterstützung seitens der Polen zu nichts gelangen kann. Mancher von ihnen heiratet sogar eine deutsche Frau, um auf diese Weise die Unterstützung der Deutschen zu gewinnen, denn von den Seinigen hat er nicht genug zum Leben. Nach statistischer Berechnung entfallen in unserem Kattowitzer Kreise auf 1000 Einwohner nahezu 700 Polen. Wenn diese Polen nur die Ihrigen unterstützen würden, müßte wenigstens die Hälfte der Kaufleute polnisch sein. In Wirklichkeit aber entfallen auf 100 Kaufleute kaum einige Polen.

Daher kommt es, daß die Deutschen und Juden, die sich durch polnisches Geld und durch das polnische Volk bereichert haben, wirtschaftlich das Übergewicht erlangen, bei den Gemeindevahlen bei dem heutigen preussischen System die Ihrigen wählen und dann verschiedene Steuern und Lasten beschließen, die wir zahlen müssen, sie bewilligen verschiedene Beihilfen für „unterhaltungsabende“, „schpilschule“, Bibliotheken, germanisatorische Theater usw. Wir selber steuern mit unserem eigenen Gelde zur Germanisierung Oberschlesiens bei. Wir vermehren nicht allein das Vermögen unserer „Busenfreunde“, sondern durch unvorsichtiges Handeln tragen wir auch unmittelbar zur Germanisierung unserer Kinder bei. Unerklärlich erscheint es auf den ersten Blick, daß sich polnisch erzogene Kinder polnischer Eltern so rasch germanisieren. Allein dadurch, daß sie in deutsche oder jüdische Geschäfte in die Lehre treten, büßen sie im Laufe der Zeit ihre Nationalität ein und werden Deutsche, oder mindestens wissen sie nicht, in welches Lager sie hineingehören. Hätten wir einen polnischen Kaufmannsstand, dann wäre gerade das Gegenteil der Fall. Ein Knabe, der zu einem polnischen Kaufmann in die Lehre ginge, würde nicht nur seine Nationalität verlieren, sondern er würde sich aufklären und ein wackerer Pole werden.

Unsere Lösung muß also sein „der Landsmann zum Landsmann“, der Pole unterstütze vor allem den Polen. Die Seinigen unterstützen heißt noch nicht für das Polentum Opfer bringen. Wir verlangen nicht von euch, liebe Leser, daß ihr die Polen ganz absolut unterstützt und eure eigenen Vorteile außer acht laßt. Kein Pole kann verlangen, daß ihr bei

ihm Waren kaufen sollt, wenn diese Waren teurer oder minderwertiger sind. Du mußt diese wenigen Groschen hart verdienen, daher kannst du die Ware auch nicht zu teuer bezahlen, denn du mußt mit jedem Groschen rechnen. Wenn du jedoch bei einem Polen gleich gute Waren und zu dem gleichen Preise erhältst, so mußt du dich zuerst überzeugen und einen Versuch machen. Glaube nicht ohne weiteres den Worten deines Bekannten, der die Ware dieses Kaufmanns getadelt hat, sondern überzeuge dich selbst. Und wenn du gewahr werden solltest, daß er von dir einen höheren Preis nehmen will, als du anderswo zahlst, so mache ihn darauf aufmerksam. Wenn er vernünftig ist, wird er dich bald verstehen und deine Wünsche berücksichtigen, sofern dies möglich ist.

Heut ist der Tag der Löhnung. Gedenket unserer Worte und handelt nach ihnen. Nehmet euch an den Tschechen ein Beispiel. Auch dort waren noch unlängst alle Städte verdeutschet. Und heute? Heute haben die Tschechen reiche Kaufleute und große Unternehmen, zu nationalen Zwecken aber steuern sie nicht Hunderte, sondern Tausende und Hunderttausende bei. Alles aber hat das arme Volk durch konsequente Unterstützung der Seinigen durchgeführt.

Aus Nr. 17 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 23. Januar 1906:

Bismarckhütte.

Den geehrten Landsleuten aus Bismarckhütte teile ich hierdurch mit, daß ich durch Vermittelung des Herrn Dr. Seyda für die hiesige Gegend eine unentgeltlich Bücher abgebende polnische Bibliothek des Volkslesevereins in Posen übernommen habe. Bücher werde ich jeden Sonntag von 12 bis 2 Uhr nachmittag und Sonntag, den 21. d. Mts., das erste Mal verleihen. Ich erhielt ganz neue Bücher, daher erlaube ich die geehrten Landsleute, darauf zu achten und sie zu schonen. Die Bibliothek ist unentgeltlich, da aber Bücher viel Geld kosten, sind freiwillige Spenden erwünscht. Wer ständiges Mitglied der Bibliothek werden will, zahlt wenigstens 50 Pf. jährlich.

Julius Broda, Bibliothekar,
Kaiserstr. 52 neben der neuen Marx-Villa.

Aus Nr. 14 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 19. Januar 1906:

Rozdzien.

Liebe Brüder, Jünglinge!

Zunächst begrüße ich euch mit den Worten: Gelobt sei Jesus Christus! Rozdzien-Schoppinitz ist eine große Parochie, welche 20 000 Köpfe zählt, nämlich $\frac{7}{10}$ Polen und $\frac{3}{10}$ Deutsche. Wir haben hier auch zwei polnische Vereine, und zwar das „Kasino“ und den Turnverein „Sokol“. Diese Vereine müßten in einer Parochie, wie Rozdzien ist, wenigstens je tausend Mitglieder zählen! Und wie viel können sie zählen? wird vielleicht mancher fragen. In einem Verein sind 30 Mitglieder, in dem andern 50. Liebe Jünglinge, laßt uns polnischen Vereinen beitreten, denn nur dort ist für uns Platz, nur dort können wir fröhlich sein, uns vergnügen und aufklären! Anstatt deutschen Spielen, Lustbarkeiten und Saufgelagen, laßt uns dieses Geld unseren Vereinen opfern, und wir werden unseren Eltern Kummer ersparen, unserer Volksgeamtheit erweisen wir einen Dienst.

Liebe Brüder, Jünglinge! Wie euch bekannt ist, hat einer dieser Vereine seitens der Polizei Schwierigkeiten erfahren. Denn die Polizei hat dazu beigetragen, daß im vergangenen Jahre diesem Vereine der Saal entzogen wurde, dann hat die Polizei Hand daran gelegt, daß wir im Wäldchen an der Grenze nicht turnen durften. Und jetzt hat dieser Verein, d. i. der Sokolverein, von neuem einen Saal erhalten, in welchem zweimal wöchentlich Turnstunden, zweimal monatlich Versammlungen stattfinden.

Liebe Brüder, Jünglinge! Da dieser „Sokol“ hier in Rozdzien von neuem seine Flügel ausspannt, laßt uns zahlreich unter das Sokolbanner treten, auf welchem die Aufschrift prangt: „Im gesunden Leib ein gesunder Geist!“

Liebe Brüder! Es steht der Frühling bevor, und wie euch bekannt ist, findet im Frühjahr ein Turntag statt, daher laßt uns schon jetzt dem Sokolverein beitreten, damit an dem Turntage wenigstens 200 Turner zur Stelle wären.

Ein junger Sokol.

Aus Nr. 16 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 21. Januar 1896:

Kattowitz.

Warum konnte das Vergnügen des Frauen-Lesevereins nicht stattfinden?

Manches von den Vereinsmitgliedern wird auf die Beantwortung dieser Frage neugierig sein. Wir haben bei dem Vereinsvorstand Erkundigungen eingezogen und sehr interessante Dinge erfahren.

Zuerst wurde der Saal bei „Bugla“ (im Südpark) gemietet. Der Wirt freute sich sehr, daß bei ihm ein Vergnügen stattfinden wird. Nach der Vereinbarung mit dem Saalbesitzer setzte der Vorstand die Polizei von dem Vergnügen in Kenntnis, indem er um sofortige Bestätigung ersuchte, daß das Vergnügen polizeilich gemeldet sei. Dem Boten wurde jedoch auf der Polizei Kattowitz-Schloß, wohin „Bugla“ gehört, erklärt, daß sie die Bescheinigung übersenden werde. Seit der Anmeldung ist schon mehr als eine Woche verfloßen, die Bescheinigung hat aber der Vorstand bis heute nicht erhalten. Dagegen benachrichtigte der Saalbesitzer am Tage nach der Anmeldung des Vergnügens bei der Polizei den Vorstand schriftlich, daß er den Saal zum Vergnügen nicht überlassen könne.

Einen denkenden Menschen nimmt es ungemein wunder, daß der Wirt zuerst den Saal zum Vergnügen so gern anbot, dann aber verweigerte, als das Vergnügen schon angemeldet war.

Der auf diese Weise hintergangene Vorstand suchte einen anderen Saal und fand einen solchen in dem alten Schießhause zu Zawodzie. Der Wirt trat den Saal für Sonnabend sehr gern ab, denn er hatte ihn noch niemandem vermietet. Das Vergnügen wurde auch bei der Polizei in Zawodzie gemeldet und es wurde die Lustbarkeitssteuer in Höhe von 10 Mark bezahlt. Donnerstag früh aber erhielt die Vorsitzende des Lesevereins zu gleicher Zeit zwei Mitteilungen. Der Wirt teilte mit, er könne den Saal zum Vergnügen nicht hergeben, denn es werde in ihm „Tanzstundenball“ stattfinden. Die Polizei dagegen fragte an, ob das gemeldete Vergnügen ein öffentliches oder nur ein Vereinsvergnügen oder eine geschlossene Gesellschaft sein werde. Für die beiden letzteren Fälle forderte sie ein Verzeichnis nach Name, Stand und Wohnung.

Da der Saalbesitzer zu gleicher Zeit den Saal verweigerte, brauchte sich der Vorstand mit der Angabe der Namen keine Mühe zu geben.

Diese nackten Tatsachen mögen dem Herrn Minister als Antwort dienen für seine Behauptung, daß er nichts davon wisse, daß die Polen keine Säle zu Versammlungen und unschuldigen Vergnügen erhalten können.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 14 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 19. Januar 1906:

Ein Taufen ohne Taufe.

Wir erhalten nachstehendes Schreiben, welches wir unten als einen Teil der Geschichte der Verfolgung der hiesigen Polen auf dem Gebiete der Kirche anführen.

Rixdorf, 17. Januar 1906.

Geehrte Redaktion des Dziennik Berliński!

Ein Taufen ohne Taufe.

Am Sonntag, den 14. d. Mts. meldete ich mein Kind zum Taufen bei dem Kirchendiener in Rixdorf an und bat, daß es polnisch getauft würde, weil ich polnische Paten geladen hatte. Der Kirchendiener notierte sich „polnisch“, bedeutete mir aber, daß er mir nicht versprechen könne, daß das Taufen polnisch stattfinden werde. Deshalb begab ich mich zum Vikar, der des Polnischen mächtig ist und trug ihm meinen Wunsch vor.

Er versprach, das Kind polnisch zu taufen. Am Sonntag schickte ich das Kind zur festgesetzten Zeit in die Kirche; hier kommt mit einem Male der andere Pfarrer, der nicht polnisch kann. Meine Frau stellt dem Kirchendiener vor, Pfarrer Steuer habe ihrem Ehemanne versprochen, das Kind polnisch zu taufen. Darauf antwortete der Kirchendiener, daß man dies nicht verlangen könne. Darauf gab meine Frau zur Antwort: Wenn es so ist, dann lasse ich heute mein Kind nicht taufen. Der Kirchendiener antwortete meiner Frau: Hier wird es getauft, und wenn nicht, da ist die Tür!

Ansichts dessen begab sich einer von den Paten zum Pfarrer Steuer, um sich mit ihm in dieser Angelegenheit auszusprechen. Nach mehrmaligem Anklopfen und Klingeln öffnete der Geistliche. Der Taufpate fragte ihn, weshalb er heute das Kind nicht taufen wolle. Darauf erwiderte der Geistliche, der Probst habe ihm verboten, heute zu taufen. Und so kehrte man denn mit dem Kinde zurück, ohne daß es getauft worden war.

Mögen sich die hiesigen Geistlichen nicht wundern, daß das polnische Volk, welches in der Weise traktiert wird, Abneigung gegen die Kirche zeigt und schließlich das Vertrauen zu solchen Geistlichen verliert.

Ich bemerke, daß der gegenwärtige Geistliche in Rixdorf als emeritierter Polizist hergekommen ist und nun denkt, er sei der Herr in unserer Kirche.

Ich werde diese Angelegenheit nicht aus den Augen lassen.

Mit Achtung

Stanislaus Pacholczyk.

Obiges Schreiben geben wir zur Kenntnis des bekannten Informators des Delegaten und Pfarrers Kleineidam. Wir werden uns von jetzt ab bemühen, daß alle Beweise unserer Verfolgung in der Kirche und des Haktismus der kirchlichen Faktoren der bezugenen Instanz zugesandt werden, die über Breslau steht.

Aus Nr. 1 (Probenummer) der Brema (Bremen)
ohne Datum.

An unsere geehrten Leser!

Bremen, 1. Dezember 1905.

Liebe Landsleute! Mit Rücksicht auf die große Zahl von Landsleuten in Bremen, Bremerhaven, Blumental, Begejak, Grone und Delmenhorst, welche bis jetzt kein eigenes polnisches Blatt besitzen, haben wir beschloffen, mit dem heutigen Tage eine Wochenschrift unter dem Titel „Brema“ herauszugeben. Wir hoffen, daß dies Blatt vor allem bei den Ortseingewohnten, wie auch bei den außerhalb wohnenden Landsleuten geneigte Unterstützung finden und in allen polnischen Häusern und Vereinen ein gern gesehener Gast sein wird.

Wie sehr sich das Fehlen eines polnischen Blattes bemerkbar gemacht hat, namentlich in den letzten Zeiten und zwar aus Anlaß des immer größer werdenden Zuzugs von Polen, das wissen am besten die polnischen Vereine, die einzigen Mittelpunkte des polnisch-nationalen Geistes, in denen sich zahlreiche polnische Herzen gewöhnlich in den Sitzungen und Versammlungen durch das engere Band der Bruderliebe vereinigen um ihre Schätze: die Muttersprache und das polnische Lied zu pflegen, um sich gegenseitig über soziale Angelegenheiten zu belehren. Ohne eine polnische Zeitung können sich namentlich Vereine gegenseitig nicht verständigen, die Mitglieder können nicht eingeladen werden zu Versammlungen, Vergnügungen usw. Es ist bekannt, daß darunter die ganze nationale Sache sehr leidet.

So kommt denn heute, liebe Landsleute, ein polnisches Blatt zu euch, um auf der durch euch geschaffenen Grundlage zum Schutze des Glaubens und der Nationalität tätig zu sein.

Das polnische Volk in der Fremde ist aufrichtig den Schätzen zugetan, welche jedem polnischen Herzen teuer sind und zwar im Gefühle seiner Einigkeit mit der Allgemeinheit der polnischen Nation ohne Rücksicht auf die Kluft, welche es von den heimatischen Dörfern, von den mit dem Blute und Schweiß der Vorfahren getränkten Feldern und von den Wäldern trennt, welche das Holz liefern zum Bau der elterlichen Hütten und zum Speisen des Feuers in den häuslichen Herden.

Hier in der Fremde treffen sich die Brüder aus Posen, Krakau und Warschau, aus Preußen und Schlesien. Wenngleich sie sich auch vorher vielleicht nicht gesehen haben, so besitzen sie doch die gegenseitigen Gefühle der nationalen Einmütigkeit.

In diesem Gefühle ist auch das höchste Maß unseres politischen Werts enthalten.

Wenn wir die Arbeit der Landsleute in der Fremde näher betrachten, dann sehen wir, wie manchmal unaufgeklärte Volksmassen hier zu nationalem Leben erwachen und dadurch die unverwundliche Kraft des polnischen Volks neu beleben. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des polnischen Volkes ist auch gleichbedeutend mit der nationalen Entwicklung.

Angeichts der deutschen Umgebung treten die sich ihrer nationalen Ziele bewußten polnischen Auswanderer stets als gesonderte Nation auf, die als solche eine andere Kultur, andere Sitten und eine andere Sprache als die Deutschen haben. Nach außen hin vereinigen sie sich in Organisationen selbsttätiger nationaler Arbeit zwecks Verbreitung von Aufklärung, Verbesserung des Erwerbs und Tüchtigmachung zum politischen Kampfe in Verteidigung des bedrohten Glaubens und der Nationalität.

Die neue Zeitung wird alle Vereine polnischen und katholischen Charakters, die

polnische Berufsvereinigung und die politischen polnischen Organisationen unterstützen.

In dem Bestreben, die materielle Lage der Arbeiter zu verbessern, verurteilen wir auch den durch die Sozialdemokratiegeführten Klassenkampf, weil wir wissen, daß der Sozialdemokratismus ein Feind des Glaubens und der Nationalität ist.

Treu dem Glauben unserer Vorfahren, wollen wir gute Söhne der katholischen Kirche bleiben und in diesem Glauben auch unsere Kinder erziehen. Deshalb werden wir auch um eine ausreichende Seelsorge in der polnischen Sprache bemüht sein und nicht eher ruhen, bis die geistlichen Behörden die berechtigten Forderungen der Polen in der Fremde erfüllt haben werden und polnische Gottesdienste regelmäßig da stattfinden, wo sich die Polen in größerer Anzahl befinden. Das sind die Grundsätze und Ziele des neuen polnischen Blattes, das heute, liebe Landsleute, zu euch kommt. Wir hoffen, daß wir eurerseits herzliche Aufnahme finden werden. Jedes Kulturvolk erachtet doch als die geeignetste Verteidigungswaffe ein Blatt in seiner Sprache. Mit dieser Waffe haben sich die Volksparteien das ihnen zustehende politische Recht — die Freiheit — menschliche Behandlung und Achtung erkämpft.

Wir, Polen in der Fremde, halten wir uns ebenfalls an diese Waffe. Kämpfen wir mit ihr rechtsschaffen um die uns angeborenen Rechte, so lange wir nicht mit freierer Brust werden aufatmen können.

Die Redaktion.

Aus Nr. 10 des Wiarius Polski (Bochum)

vom 14. Januar 1906:

Neumühl.

B e r i c h t über die Tätigkeit des St. Antonius-Vereins aus dem Jahre 1905.

Die Generalversammlung wurde am 1. Januar abgehalten. In den Vorstand sind für das Jahr 1906 gewählt worden: Ign. Antkowiak, Vorsitzender, Bartol. Wojtera, Stellvertreter, Joseph Wrobel, Schriftführer, St. Miemyt, Stellvertreter, M. Hadzianski, Kassierer, Roman Tomczak, Stellvertreter, Felix Kubacki, Bibliothekar, Rom. Rebinski, Stellvertreter.

Bei einer so großen Anzahl von Polen könnte unser Verein bei weitem mehr Mitglieder haben, deshalb bitte ich alle Landsleute in Neumühl, dem Verein so zahlreich wie möglich beizutreten.

Der Vorstand.

Aus Nr. 1 des Sokół (Posen)

vom Januar 1906:

Gau-Angelegenheiten.

West-Gau V. Protokoll I über den Verlauf der am 26. November 1905 in Berlin abgehaltenen Delegierten-Versammlung der polnischen Sokół des West-Gaues V.

Tagesordnung:

1. Eröffnung.
2. Prüfung der schriftlichen Vollmachten der Delegierten.

3. Wahl zweier Delegierten in den Verband.
4. Reformangelegenheiten.
5. Anträge.
6. Diskussion.

1. Eröffnung. Um 5 Uhr nachmittags begrüßt der Vorsitzende Kamerad Andrzejewski die Versammelten mit dem Lösungswort „Ezole!“ und schreitet zur

2. Prüfung der Legitimationen. Von 11 Vereinen waren 14 Delegierte erschienen, und zwar entsandten Berlin I 4 Delegierte, die Kameraden Rumowski, Ofoniewski, Rydlewicz und W. Borowicz; Berlin II (Moabit) 1 Delegierten, den Kameraden Granatowicz; Charlottenburg 2 Delegierte, die Kameraden Bialasik und Dr. Labendzinski; Hamburg 1 Delegierten, den Kameraden Gorgol; Henningsdorf 1 Delegierten, den Kameraden Wiczorek; Leipzig 1 Delegierten, den Kameraden Szulczewski; Weissensee 1 Delegierten, den Kameraden Tyslerowicz; Senftenberg 1 Delegierten, den Kameraden Piechowiak; Kalteberge (Mark) 1 Delegierten, den Kameraden Jarosz. Der Verein Delmenhorst hat die Abwesenheit nicht gerechtfertigt.

3. Wahl zweier Delegierten in den Verband. Durch Stimmenmehrheit wurden zu Delegierten in den Verband bis zum 1. Juli 1906 die Kameraden Vinzent Andrzejewski (mit 12 Stimmen), Wenzel Ofoniewski (mit 9 Stimmen) und als Vertreter die Kameraden Dr. Stanislaus Labendzinski gewählt.

4. Reformangelegenheiten. Die Delegierten wurden beauftragt:

sie möchten in der nächsten Versammlung der Verbandsdelegierten den Verbands-Vorstand auf die in unserem Organ häufig vorkommenden Druckfehler aufmerksam machen;

sie möchten den Verbands-Vorstand um eine alljährliche Herausgabe eines Sokol-Jahrbuches (Kalender), das die wichtigsten Daten aus dem Sokol-Leben enthalten würde, bitten;

sie möchten den Verbands-Vorstand an die noch schwebende Angelegenheit der Ausgabe von Turnhandbüchern erinnern.

5. Der Antrag Hamburg geht um Unterstützung zum Geräte-Einkauf. Der Vorsitzende erklärt, daß der Gau-Vorstand durch eine Anleihe bei der Kaufasse aushelfen werden.

Moabit beantragt, es möge kein Verein solche Herren als Mitglieder aufnehmen, die in letzter Zeit Ehehindernisse mit deutschen Frauen geschlossen haben — dies wurde der nächsten Versammlung der Vorsitzenden und der Turnwarte übertragen.

6. Diskussion. Der Delegierte aus Senftenberg führt die Schwierigkeiten vor, mit denen der „Sokol“ dort zu kämpfen habe.

Der Vorstand verspricht Hilfe und ermuntert zur weiteren harten Arbeit auf dem Gebiete des Sokolturns.

Der Vorsitzende dankt den Versammelten für die rege Beteiligung an der Arbeit und schließt um 7 Uhr abends die erste Delegierten-Versammlung mit der Hymne: „Do pracy“ (An die Arbeit).

Vinzent Andrzejewski, Vorsitzender,
Borowicz, Schriftführer.

Aus Nr. 1 des Sokol (Posen)

vom Januar 1906:

B e r i c h t über den Verlauf der am 26. November 1905 in Castrop abgehaltenen Versammlung der Vorsitzenden und Turnwarte des Gaues IX.

Der Gauvorsitzende, Kamerad B. Zmudzinski, eröffnet die Versammlung und gibt nachfolgende Tagesordnung bekannt:

1. Eröffnung.
2. Feststellung der anwesenden Vereins-Vertreter.
3. Verlesung des Protokolls über die letzte Versammlung.
4. Beschluß über Sammlung von Vereinsbeiträgen zur Reise eines Gau-Delegierten nach Posen.
5. Beschluß über ein Turnfest im Jahre 1906.
6. Das Verhältnis des Sokolturns zu fremden Vereinen.
7. Diskussion.

Von den zu Gau IX gehörenden Vereinen sandten ihre Vertreter: Castrop: den Vorsitzenden und den Unterturnwart; Kassel: den Vorsitzenden und den Unterturnwart; Dortmund: den Vorsitzenden und den Turnwart; Hombruch: —; Gerthe: den Vorsitzenden und den Turnwart; Kirchlinde: den Stellvertreter des Vorsitzenden; Marten: den Turnwart; Kottenburg: den Vorsitzenden und den Turnwart; Lütgendortmund: den Vorsitzenden; Langendreer: —; Hörde: —; Eving: den Vorsitzenden und den Turnwart; Mengede: —; Lückarde: —; Sodingen: den Vorsitzenden; Witten: den Vorsitzenden; Wetter: den Unterturnwart; Scharnhorst: den Vorsitzenden und den Unterturnwart; Derne: den Vorsitzenden und den Turnwart.

Hierauf verlas der Schriftführer Fr. Lomczynski das Protokoll über den Verlauf der am 30. September 1905 abgehaltenen Versammlung, welches ohne Änderung angenommen wurde.

Nun ergreift Kamerad B. Zmudzinski das Wort, erläutert den Zweck der Delegierten-Versammlung und bittet um umgehende Bezahlung der Verbandsbeiträge. Kamerad J. Bracel bespricht die Angelegenheit der Reise eines Delegierten zur Delegierten-Versammlung nach Posen und schlägt vor, jeder Verein möge zur Reise des Delegierten vier Mark beisteuern. Kamerad Kolenda schlägt vor, 50 Mark für die Reise zu bewilligen, indem er diese Summe für ausreichend hält. Die Kameraden Rankowski, Karolezak und Karowicz unterstützen Bracels Vorschlag, worauf, nachdem dieser Vorschlag auch noch durch den Kameraden Zmudzinski unterstützt worden ist, beschlossen wurde, daß jeder Verein zur Reise des Delegierten an den Gau-Schatzmeister Kam. Ludwika Gbiorczak, Sodingen, Nordstraße 60 4 Mark zu zahlen und diese spätestens bis 1. Februar 1906 einzusenden habe.

Bei der Besprechung der Angelegenheit eines im Jahre 1906 abzuhaltenden Turnfestes ist einstimmig beschlossen worden, das Fest im Auslande zu veranstalten und sich überhaupt in keine diesbezügliche Unterhandlungen mit den Preußen (Preußen) einzulassen.

Der Gauvorstand ist beauftragt worden, den Ort für die Abhaltung des Festes zu wählen, den Zeitpunkt zu bestimmen und das Programm für dasselbe zu entwerfen.

Im weiteren Verlaufe ist beschlossen worden, daß jeder Verein verpflichtet sein wird, mindestens 10 turnende Mitglieder zu entsenden und bis zum

1. April 1906 bei dem Schatzmeister des Gaues eine Kaution von 15 Mark zu hinterlegen.

Auf Anordnung des Verbandes ist einstimmig beschlossen worden, alle diejenigen Kameraden aus den Vereinen auszuschließen, welche bis zum 1. Februar aus den fremden germanisatorisch-patriotischen Vereinen oder Organisationen nicht ausgetreten sein werden.

Eine längere Diskussion entwickelte sich in der Angelegenheit des in Winterswyk in Holland stattgehabten Turnfestes, wobei die Kameraden, Vorsitzenden und Turnwarte ihre Unzufriedenheit wegen des Mangels einer richtigen Auffassung der Sokolsache bei jenen Kameraden des Gaues X zum Ausdruck bringen, welche, während sie über ihre eigenen bei dem Feste begangenen Fehler schweigen, solche dem Vorstande des Gaues IX vorhalten.

Bei der Diskussion ergreift Kamerad Monowski das Wort und stellt den Antrag, bei den künftigen Turnfesten während der hl. Messe polnischen Gesang zu veranstalten, was einstimmig angenommen wird.

Kamerad B. Zmudzinski legt den Kameraden Turnwarten die Pflichten der Erfüllung des Turnreglements ans Herz und bittet um eifrige Aufrechterhaltung der Zucht bei den Übungen, Spielen und überhaupt bei jedem Auftreten der Vereine und teilt gleichzeitig mit, daß er sich um die Veranstaltung des für Januar 1906 für den Gau IX vorgeschlagenen Turnfestes bemühen werde.

Kamerad Jankowski appelliert an die Kameraden Turnwarte wegen schleunigster Ausfüllung der Rubriken durch die Vereins-Turnwarte zwecks Konstatierung der Arbeit der Turnwarte und der turnenden Kameraden. Kamerad Pracel berührt die Angelegenheit der Beiträge für den Verband, wobei Kamerad B. Zmudzinski den Kameraden einige Paragraphen der Verbandsstatuten erklärt.

Nachdem alle Punkte der Tagesordnung erschöpft waren, dankt der Vorsitzende B. Zmudzinski für die Beteiligung an der Versammlung, und nachdem noch das Lied „Ospali i gnusni“ (Ver schlafen und träge) abgesungen worden war, schließt er die Versammlung und verabschiedet die Kameraden mit dem Sokol-Lozungswort „Czolem“ (Untertänigster Diener).

Der Vorstand des Gaues IX.
B. Zmudzinski, Vorsitzender.
F. Tomezyk, Schriftführer.

Aus Nr. 1 des Sokół (Posen)
vom Januar 1906:

Westfälischer Gau IX.
B e r i c h t
über den Verlauf der am 26. November 1905
in Castrop abgehaltenen Delegierten-
Versammlung des Gaues IX.

Der Gauvorsitzende, Kamerad B. Zmudzinski, eröffnet die Versammlung und gibt nachstehende Tagesordnung bekannt:

1. Feststellung der anwesenden Delegierten.
2. Diskussion über allgemeine Angelegenheiten.
3. Wahl von Delegierten zur Delegierten-Versammlung in Posen.
4. Anträge der Vereine.

Anwesend waren die Delegierten der Vereine: Guckarde 1, Sodingen 1, Castrop 1, Dortmund 1,

Terne 1, Marten 1, Gerthe 1, Lütgendortmund 1, Kirchlinde 1, Ewing 1, Scharnhorst 1, Cottenburg 1.

Nach kurzer Diskussion wurden als Kandidaten namhaft gemacht die Kameraden: B. Zmudzinski, A. Jankowski, Kolenda, S. Konarkowski und Zensjch. Es haben Stimmen erhalten: B. Zmudzinski 6, Jankowski 3, Konarkowski 2, Kolenda 2, Zensjch 1. Es kam zur Stichwahl, wobei Jankowski 8 und Zmudzinski 7 Stimmen erhielten. Zum Delegierten für die Verbandsversammlung wurde also Kamerad Anton Jankowski aus Marten gewählt.

Kamerad Jankowski ergreift, nachdem er die Vollmacht als Delegierter des Gaues IX erhalten hatte, das Wort, dankt für das in ihn gesetzte Vertrauen und verspricht, die ihm auferlegten Pflichten gebührend zu erfüllen.

Kamerad B. Zmudzinski stellt einen Antrag des Gauvorstandes, der Verband möge zu jedem zweiten Turnfeste in der Fremde einen Delegierten zwecks Leitung des Festes mitsenden, da wir bisher zu wenig Übung in dieser Beziehung besitzen.

Anträge der Vereine: Es hat sich herausgestellt, daß die Vereins-Delegierten gar keine Informationen bei den Vereinen eingeholt haben mit Ausnahme des Vereins Dortmund, welcher eine Teilung des Gaues wünscht. Kamerad B. Zmudzinski bemerkt, daß dies Sache des Verbandes sei und daß bisher keine Notwendigkeit bestehe, den Gau zu teilen, er bittet gleichzeitig die Vereins-Delegierten, die Vereine zu erinnern, sie möchten spätestens bis 1. Januar ihre Vorschläge dem Delegierten Kameraden A. Jankowski einsenden.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, schließt der Vorsitzende die Versammlung und verabschiedet die Anwesenden mit dem Sokol-Lozungswort „Czolem“ (Untertänigster Diener).

Der Vorstand des Gaues IX.
B. Zmudzinski, Vorsitzender.
Fr. Tomezyk, Schriftführer.

Aus Nr. 1 des Sokół (Posen)
vom Januar 1906:

In Bottrop wurde am 27. November ein Sokol-Verein gegründet. Für den Anfang wurden 10 Exemplare des Sokol abonniert. Der Verein wird unzweifelhaft dem VII. (Rhein-) Gau zugeteilt werden.

Den neuen Kameraden: Glück auf!

Aus Nr. 1 des Sokół (Posen)
vom Januar 1906:

Kalkberge bei Berlin.

Es ist hier ein neuer Sokol-Verein gegründet worden. Zum Vorsitzenden wurde Kamerad Fr. Jankowski (Kaiserstraße 84) gewählt. Der Verein zählt für den Anfang 60 Kameraden. Dem neuen Vereine übersenden wir die herzlichsten Wünsche einer günstigen Entwicklung.

Aus Nr. 1 des Sokół (Posen)

vom Januar 1906:

Leipzig.

Seit Januar 1905 bis Juni 1905 haben im Vorstand nachstehende Kameraden Sitz eingenommen: L. Hajdich, Vorsitzender, W. Hbierski, Schriftführer, J. Podjada, Kassierer, M. Ambrosz-kiewicz, Turnwart.

In der im Juni abgehaltenen Versammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt. Diesem gehören an: W. Mielcarek, Vorsitzender, Jg. Kofot, Stellvertreter des Vorsitzenden, J. Piernit, Schriftführer, J. Komaczyn, Kassierer, J. Kaczynski, Turnwart.

Die Versammlungen finden alle 14 Tage an Sonntagen in dem Sitzungssaale des „Elysium Prinz Heinrich“, Gottschedstraße 13, statt. Die Versammlungen werden durchschnittlich von 36 Mitgliedern besucht. In jeder Versammlung melden sich 3—4 Mitglieder zur Aufnahme, so daß im Verlaufe eines halben Jahres unser Verein sich um 30 Mitglieder vergrößert hat und gegenwärtig 70 zählt; 40 turnende und 30 nicht turnende. Die Turnübungen werden regelmäßig zweimal wöchentlich an jedem Dienstag und jedem Sonntag abgehalten. Die Turnübungen werden durchschnittlich von 30 Mitgliedern besucht. Im verflossenen Jahre wurden 14 Versammlungen abgehalten, 1 Haupt-, 2 außergewöhnliche und 11 Monatsversammlungen. Es wurden zwei Abendunterhaltungen und ein Jahresfest veranstaltet. Am 18. November 1905 hat unser Verein ein Abendfest zur Feier des 5. Jahrestages des Bestehens mit einem sehr reichhaltigen Programm veranstaltet. Um 9 Uhr abends kam die ganze Turnerschar, bestehend aus 24 Mitgliedern, in den Saal hereinmarschiert, wo sie Freiübungen mit Hanteln vornahm. Dann folgten Pyramiden und lebende Bilder bei bengalischer Beleuchtung, welche überaus gut gelungen waren. Obige Übungen hat sich unser geehrter Kamerad, der Gauturnwart Herr Julian Lange aus Berlin, der uns mit seinem Besuche beehrt hat, mit angesehen. Der polnische Verein „Orzeł“ (Adler) in Halle hat uns ebenfalls Delegierte geschickt, um uns sein Wohlwollen zu beweisen. Es wurde eine Polonaise aufgeführt, die ungefähr 60 Paare zählte. Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr ergriff der Vorsitzende, Kamerad Mielcarek, das Wort und erklärte den Hauptzweck der heutigen vergnügten Versammlung. Gleichzeitig dankte der Vorsitzende dem geehrten Gauturnwart, dem Kameraden Julian Lange, den Delegierten aus Halle und allen Anwesenden für die Beteiligung an dem Feste. Auch die Tschechen geruhten uns zu besuchen, welchen der Vorsitzende speziell dankte. Nachdem der Vorsitzende seine Rede geschlossen hatte, ergriff der Gauturnwart das Wort und führte in fernigen, bewegten und erhabenen Worten den Anwesenden die Bestrebungen des „Sokol“ vor, wobei er hinzufügte, daß das Programm des „Sokol“ insoweit erweitert worden sei, daß es sich nicht nur auf körperliche Übungen beschränkt, sondern gleichzeitig auch um die geistige Ausbildung bemüht sei; wir haben die Jugend zum Lernen des Lesens und Schreibens in der Muttersprache, zum Lernen der polnischen Geschichte und der Literatur anzuspornen. Obige Rede wurde mit dem allergrößten Enthusiasmus und schallendem Händeklatsch aufgenommen. Hieraus folgt, daß in dem hiesigen Polentum das nationale Gefühl noch nicht ganz erstorben ist. Alles haben wir unserem geehrten Vorsitzenden zu verdanken, der weder Mühe noch Arbeit sparte, um

dieses Fest, das uns für immer im Gedächtnis bleiben wird, zu verschönern.

Nach Schluß der Reden, Gesänge und Deklamationen hat man sich weiter lustig bis in den Morgen verweilt.

Am 5. Dezember 1905 wurde die auf den 29. November fallende Feier veranstaltet. Die hiesige lernende Jugend nahm Teil an den Vorlesungen, Deklamationen, Gesängen und an dem gemeinschaftlichen Abendbrot.

Der Vorstand.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 4 der Gazeta Robotnicza (Katowitz)

vom 14. Januar 1906:

Germanisierung.

Von Tag zu Tag erfahren wir neue Änderungen polnischer Namen in deutsche. Die Regierung tut das Ihrige und will unser ganzes Leben völlig germanisieren. Obgleich sie dies soviel kostet, obgleich sie sich soviel Mühe gibt, gelingt es ihr nicht, und es geht aus der hakatistischen Saat keine Blüte hervor. Es ist nämlich unmöglich, den polnischen Gedanken, die polnische Kultur, die polnische Sprache zu töten. Das wird schon von allen Historikern der Zivilisation bestätigt, daß eine solche mörderische Aktion, die gegen die Kultur einer politisch unterworfenen Nation geführt wird, nie gelingt. Und heute wächst der polnische Nationalismus, und zwar nur deshalb, weil die Säbel dann geschliffen werden, wenn der Feind im Hinterhalt allzu lästig wird.

Wir polnischen Sozialisten bekämpfen sowohl die germanisierende Regierung, als auch die polnischen Nationalisten. Diese letzteren wollen nämlich unter einem einzigen polnischen Banner die ganze Nation zusammenscharen. Daher steht neben dem Arbeiter der polnische Kapitalist, neben dem Ausgebeuteten der Ausbeuter. Weil wir aber immer auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen und in dem polnischen Kapitalisten einen ebensofortwährenden Arbeiterfeind erblicken, wie in dem deutschen, — so müssen wir die polnischen Nationalisten bekämpfen, die angeblich die ganze bedrückte Nation in Schutz nehmen.

Wir anerkennen völlig das Recht, daß jede Nationalität über sich entscheidet, und daß sie ihre Kultur entwickelt. Und in dem Augenblicke, wo die Regierung diese Entwicklung hemmen will, müssen wir uns verteidigen, müssen wir die Reinheit der polnischen Sprache, der polnischen Kultur verteidigen und uns mit starken Schanzen umgeben zwecks Verteidigung gegen die germanisierenden Gelüste der preussischen Regierung. Die hakatistische, polenfeindliche Politik hat schon einen mächtigen Stoß vor den Kopf bekommen. Der polnische Arbeiter, seiner Lage und seiner Ziele sich bewußt, wird auf der Wacht seiner Interessen stehen, und eins davon ist die Erhaltung seiner kulturellen Unabhängigkeit. Wird die Regierung weiter germanisieren wollen, so hat sie mit dem polnischen Arbeitervolke zu kämpfen. Dieser Kampf ist für die preussische Regierung nicht leicht; denn auf die Seite des polnischen Arbeiters wird sich auch der deutsche Arbeiter stellen, dem keineswegs daran gelegen ist, daß aus den polnischen Arbeitern gute „Reichsdeutsche“ gemacht werden.

Auf der einen Seite ist also die Regierung, auf der anderen wir: das Volk. Wer gegen den polnischen Arbeiter oder seine Kultur vorgeht, der hat im deutschen Proletariat einen Feind. An dieser internationalen Solidarität muß das nationalitische Schiff, ob es germanisch oder polnisch ist, zerbrechen.

Aus Nr. 6 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 20. Januar 1906:

S a m b u r g.

Geehrte Redaktion!

Ich erlaube, in Eurem Organ einige Worte über die hiesige polnisch-sozialistische Bewegung zu veröffentlichen. — Die wenigen Leute, welche aus der Organisation der P. P. S. ausgeschieden sind, halten von Zeit zu Zeit nach alter Gewohnheit Versammlungen ab. In einer solchen Zusammenkunft am 14. Januar hielt Genosse Prusiewicz einen Vortrag über das Thema: Welchen Vorteil brachte uns die Sozialdemokratie? Ich werde hier seine Ausführungen nicht wiederholen, denn dies stand schon viele Male in der Zeitung. In der Diskussion nahmen einige Personen das Wort, und jeder von ihnen ermunterte zum Zusammenschluß und zur Verbreitung von Aufklärung, am meisten aber traten dafür die Genossen Kumpfeld und Jgliniski ein. Nach ihnen ergriff Genosse Chrzanowski das Wort und sagte kurz: Wozu soviel Worte, wenn sie eure Taten Lügen strafen. Ihr ermahnt zum Zusammenschluß und habt die polnisch-sozialistische Organisation zersplittert. Ihr ermuntert zur Aufklärung und habt den polnischen Arbeitern ihre Gazeta Robotnicza entrissen, daß sie sie nicht lesen sollen. Hebt doch das Blatt der deutschen Genossen Neue Zeit die Tatsache hervor, daß von allen Nationen Polen im Verhältnis zu der Zahl der Einwohner gegenwärtig die meisten Soziologen besitzt, also Leute, welche von der sozialistischen Lehre und Wissenschaft schreiben und sie verbreiten. Ihr Genossen aber verwarft nicht nur die Gazeta Robotnicza, sondern überhaupt, was polnisch-sozialistisch ist. Womit wollt ihr in Anbetracht dessen den polnischen Arbeiter an euch heranziehen und wodurch soll er sich bei euch aufklären? Nach diesen Worten begann sich Genosse Jgliniski furchtbar aufzuregen. Andere Genossen, wie Kumpfeld, Prusiewicz, Tkocz sprachen ziemlich objektiv, und man konnte sogar aus ihren Worten entnehmen, es tue ihnen herzlich leid, daß diese so unglückselige und für den Sozialismus überhaupt so sehr schädliche Spaltung erfolgt ist.

Endlich ergriff Genosse Kalkowski das Wort, forderte zum Abonnement der Gazeta Robotnicza und zum Wiederanschluß an die polnisch-sozialistische Partei auf. — Nie und nimmer werde es dazu kommen, schrie Genosse Jgliniski.

Trotz der Diktatur des Genossen Jgliniski und auch mit Rücksicht auf mehrere anwesende Gäste waren die Debatten über das Verhältnis zur Gazeta Robotnicza und zur P. P. S. ziemlich ernst und wohlwollend. Mir schien es sogar, als ob ich den Zeitpunkt nahe sehe, wo wir uns alle unter dem Banner des P. P. S. die Bruderhand reichen werden, den Genossen Jgliniski nicht ausgeschlossen.

Josef.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 13 des Stowo Polskie (Lemberg)
vom 9. Januar 1906:

Die Grenze der preussischen Politik.

Die vorausgesehene und in gewisser Hinsicht sogar schon verwirklichte Änderung in der Lage der polnischen Bevölkerung im russischen Anteil muß indirekt auf die Lage der Polen in den beiden anderen Teilungsmächten einwirken. Hiermit rechnen nicht nur die deutsche Presse, sondern auch die Leiter der preussischen Politik.

Man kommt sogar zu der festen Überzeugung, daß angesichts der veränderten Verhältnisse und des Charakters der polnischen Sache die deutsche Politik hierbei andere Wege werde einschlagen müssen. Die polnische oder vielmehr die antipolnische Politik der preussischen Regierung hat die Grenze erreicht, welche sie nicht überschreiten darf, um in der bisherigen Richtung weiterzuschreiten, sie ist aber in ihrem Übermaß soweit gegangen, daß sie auf dem einmal eingeschlagenen Wege nicht mehr umkehren kann. Sie steht eigentlich seit einigen Jahren auf demselben Fleck und obwohl sie immer neue germanisatorische Gelüste aufweist, so mußten doch ihre Vertreter zu der Überzeugung kommen, daß die gegenwärtig in der polnischen Sache zur Anwendung gebrachte Taktik nicht zu dem erwünschten Ziele führen werde.

Scharfsichtigere deutsche Publizisten, wie z. B. Professor Delbrück, haben dies schon längst durchschaut und hervorgehoben. Heute aber, wo die polnische Sache überhaupt in neue Bahnen tritt, erheben die Gegner der bisherigen Politik der preussischen Regierung um so dreister ihre Stimme gegen sie. Übrigens fangen nicht nur sie allein, sondern auch die Anhänger dieser Politik an, auf deren Erfolglosigkeit hinzuweisen. Unlängst hat der Landrat v. Dewitz, ein überzeugter Hofatist, in der Deutschen Monatschrift darauf aufmerksam gemacht, daß die Ansiedlungskommission das Ziel, welches ihr die staatliche und die deutsch-nationale Politik gesteckt hat, nicht erreicht und schlägt vor, daß sie, die Ansiedlungskommission, ihre für das Deutschtum schädliche Tätigkeit einstelle.

Herr v. Dewitz ersinnt aber ein neues Projekt: er verlangt nämlich, daß den deutschen Gutsbesitzern nicht das Recht zustehen solle, ihren Grund und Boden ohne behördliche Genehmigung zu verkaufen. Um aber deutsche Arbeiter für den Osten zu gewinnen, schlägt er vor, daß jedem Arbeiter, der seit 5 Jahren in den Ostmarken arbeitet, eine Staatsprämie in Höhe von 500 Mark ausbezahlt werde.

Professor Delbrück gibt Herrn v. Dewitz in den Preussischen Jahrbüchern recht, daß er vom Standpunkte des extremen Hofatismus die Erfolglosigkeit der bisherigen Politik nachgewiesen habe, er bemerkt aber gleichzeitig, daß die Verwirklichung seiner Vorschläge die deutschen Gutsbesitzer in den Ostmarken zu Grunde richten würde.

Einen noch größeren Schaden, als die Ansiedlungspolitik, hat, nach Ansicht des Herrn Delbrück, dem Staate und dem Deutschtum die Schulpolitik zugefügt. Seine Ansicht begründet Delbrück durch sprechende Argumente. Die Änderung der Schulpolitik — sagt er — sei durchaus nötig und zwar eine gründliche Änderung. Den Polen müßte es überlassen werden, so viel deutsch zu lernen, als sie selbst für nötig hielten. Das beste System wäre das, welches in den gemischten Kantonen in der Schweiz angewendet würde, woselbst den Gemeinden das Entscheidungsrecht über die Schulunterrichts-

sprache überlassen werde. Die Befürchtung, die Polen würden gar nicht deutsch lernen, sei vollständig haltlos, denn sie wüßten, daß die Kenntnis zweier Sprachen ihnen heute das Übergewicht über die Deutschen gäbe.

Eine derartige Änderung des Systems würde einer völligen Niederlage der Polenpolitik der preussischen Regierung gleichkommen. Damit das offene Geständnis die Polen nicht aus dem Gleichgewicht bringt, namentlich, da auch gleichzeitig die Tätigkeit der Ansiedelungskommission aufgegeben werden müßte, hält es Delbrück für erforderlich, in dem Vorschlage des Herrn v. Dettl eine gewisse Einschränkung stattfinden zu lassen, ihn abzuändern und vielleicht nur vorübergehend zur Ausführung zu bringen. Es soll nämlich eine Art und Weise gefunden werden, wie man sich aus der gegenwärtigen Politik zurückziehen könnte. Preußen kann, nachdem es zu der Überzeugung gekommen ist, daß es die Polen nicht besiegen kann, einen plötzlichen Rückzug nicht antreten.

Mit der Möglichkeit der Einführung einer Autonomie im Königreich rechnend, nimmt Delbrück an, daß die Furcht vor dem Siege der Anarchie oder der despotischen Reaktion in Rußland die Polen von ihrem Bestreben, sich mit dem autonomen Königreich zu verbinden, zurückhalten könnte. Noch mächtiger würden diesem Bestreben wirtschaftliche Beweggründe entgegenwirken. Die Vereinigung der polnischen Provinzen in Preußen mit dem Königreich würde einen Preisrückgang des Grundes und Bodens und den Untergang des bisherigen Wohlstandes zur Folge haben.

Wir wollen uns über diese Äußerungen Delbrücks nicht weiter auslassen. Genug, er kommt zu der Überzeugung, daß sich in der polnischen Gesellschaft Preußens eine politische Richtung herausbilden könnte, welche das Verbleiben bei dem deutschen Reiche anstrebt. Er verläßt sich sehr auf die Geistlichkeit und tröstet sich damit, daß es unter den polnischen Bauern noch viele gibt, welche dem preussischen Könige treu geblieben sind und daß mancher Edelmann lieber an dem Berliner Hofe verkehre, als sich unter die Warschauer Demokraten mischen möchte. Die oftmals an Naivität grenzenden Ansichten des Professors Delbrück bestätigen geradezu, wie schwierig es für die preussische Regierung ist, sich aus der bisherigen Politik in der polnischen Sache zurückzuziehen.

Die erregten Kafatisten, die Erfolglosigkeit der bisherigen Politik ebenfalls einsehend, empfehlen wieder der Regierung, noch weiter zu gehen und schlagen sogar vor (Kölnische Zeitung), vorläufig die Polen in der Nähe von Städten zu enteignen. Diese Vorschläge sind übrigens sogar auch in den kafatistischen Blättern einer Kritik unterzogen worden. Gegen sie tritt z. B. das Berliner Tageblatt auf, indem es erklärt, daß die Zwangsenteignung einem Bruch der Verfassung gleichkäme, obwohl die Kölnische Zeitung ihren Vorschlag gerade auf die verkehrte Deutung des § 9 der preussischen Verfassung stützt, welcher die Enteignung im Interesse des „öffentlichen Wohles“ gestattet.

Sowohl die Vorschläge Delbrücks, sich aus der bisherigen Stellung mit Ehren zurückzuziehen, als auch die in einem Rechtsstaate ungeheuerlichen Projekte der Kafatisten bewiesen, daß die bisherige Politik der preussischen Regierung in der polnischen Sache an der Grenze angelangt ist. Sie muß entweder den Rückzug antreten oder, falls sie weitergehen will, sich zur offenkundigen Rechtsverletzung, zum Bruch der Verfassung entschließen.

Weder eine Änderung dieser Politik, noch deren Fortsetzung, insofern die Polen ihr feindliches Verhalten gegen die deutsch-nationalen Bestrebungen nicht aufgeben, werden unsere Gesellschaft im preussischen Anteil aus dem Gleichgewicht bringen. Sie wird ihre defensive Stellung, aus welcher sie die antipolnische Politik der preussischen Regierung nicht hat verdrängen können, beibehalten. Solange sich nämlich die allgemeine politische Lage nicht aufklärt hat, solange in den äußeren Bedingungen der polnischen Sache keine grundsätzliche Änderung stattgefunden hat, ist die bisherige Taktik für die polnische Gesellschaft im preussischen Anteil die geeignetste und es ist ledialich für deren energische Anwendung zu sorgen. Die Unterschiede zwischen den polnischen Parteien im preussischen Anteil, welche sich mit dem Hauptgrundsatz der nationalen Politik in diesem Landesteile einverstanden erklären, beziehen sich heute ausschließlich auf den Umfang und die Intensivität der defensiven Taktik.

Aus Nr. 24 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 15. Januar 1906:

Die Landschacherer in der Provinz Posen.

Noch ist die Sache, betreffend den leichtfertigen Verkauf des Rittergutes Kotowiecko in Großpolen an die Ansiedelungs-Kommission nicht verklungen und schon wieder wird der Verkauf von Mielschin an dieselbe die Polen enteignende Anstalt gemeldet. Im ersteren Falle spielten Familienzwist und -hader mit, bei Mielschin steht die Sache viel schlimmer. Der Eigentümer von Mielschin, Herr v. Dobrogoyzski, hat sich nicht einmal die Mühe gegeben, seinen angeblich mit einem Landsmann, in Wirklichkeit aber mit einer untergeschobenen Kreatur abgemachten Verkauf in der von anderen Landschacherern geübten Weise zu bemänteln, nein mit der Stirn eines Menschen, in welchem die nationalen Gefühle erstarben oder nicht vorhanden waren, machte er gerade mit dem größten Feinde des Polentums sein „Geschäft“, indem er ihm eine große Fläche unseres schönsten Grundes und Bodens auf Nimmerwiederssehen in die Hände spielte.

Als vor einiger Zeit in den Blättern das Gerücht auftauchte, daß Herr v. Dobrogoyzski mit der Absicht umgehe, Mielschin an die Ansiedelungs-Kommission zu verkaufen, hatte er nicht genug Worte der Entrüstung, um dies in Abrede zu stellen. Heute zeigte sich, was das Bestreiten solcher Leute, wie v. Dobrogoyzski es ist, wert ist. Durch Erfahrung klug gemacht, wußte er die Sache so geschickt einzurichten, daß, bevor noch ein polnischer Reflektant erscheinen konnte, der Verkauf bereits erfolgt war und gleichzeitig mit der Nachricht von dem beabsichtigten Verkauf er das Geld bereits in der Tasche hatte.

Der Verkauf von Mielschin ist umso empörender, als v. Dobrogoyzski es garnicht nötig hatte, da er sich im Besitz einer bedeutenden Erbschaft von seiner Großmutter befand und Mielschin vor einigen Jahren fast für die Hälfte des jetzigen Preises übernahm. Ja, er hatte eine um so größere Pflicht, diesen Grund und Boden zu erhalten, als er ihn für das aus dem Verkauf von Przedborowo stammende Geld erwarb, auf welchem nicht einmal die Landschaft war, im Gegenteil, noch bedeutendes bares Geld der Ansiedelungs-Kommission von den Erben der verstorbenen Brigitta Szelička vorhanden war.

Anstatt jedoch die Sünden der Familie auszugleichen, anstatt durch rührige und fleißige Arbeit sein, also auch das nationale Eigentum zu vergrößern, wie

dies unter den gegenwärtigen, für die Landwirte so günstigen Verhältnissen, so viele andere, die über viel kleinere Kapitalien verfügen, tun, zog v. Dobrogonski es vor, die Schmach mit der Schmach zu besiegeln, obendrein noch einige Bauern aus Mielschin durch sein Beispiel zu verleiten. „Schade um den Namen“ — bemerkt der Dziennik Poznański. —

Aus Nr. 15 der „Nowa Reforma“ (Krakau)
vom 20. Januar 1906:

Die Revolte in Hamburg.

Die Vorkommnisse in Hamburg bilden gewissermaßen das Vorpiel zu der großen Kundgebung gegen das Klassen-Wahlssystem, welche die sozialistischen Führer für den nächsten Sonntag in Preußen und Sachsen angekündigt haben. Die preussischen und sächsischen Behörden haben denn auch umfangreiche Vorichtsmaßregeln angeordnet. In Dresden und Leipzig wurden alle demonstrativen Umzüge und Versammlungen untersagt. In Berlin und Spandau muß schon von heute ab die ganze Garnison nach 9 Uhr abends in der Kaserne sein. Sogar die Einjährig-Freiwilligen, die außerhalb der Kaserne wohnen, erhielten den Befehl, in die Kaserne zu ziehen. Die Garnison erhält scharfe Patronen.

In Ostpreußen wurde verboten, den Soldaten nach 9 Uhr abends, von Sonnabend ab, Urlaub zu geben. Auch dort erhalten alle Soldaten scharfe Patronen.

Es ist daher kein Wunder, daß die Bevölkerung in Preußen dem Sonntage mit Unruhe entgegenfieht. „Das Reich der Ruhe und Ordnung“, dessen Presse die Wahlbewegung in Österreich verpöthete, befindet sich jetzt selbst in ähnlicher Lage.

Aus Nr. 34 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 21. Januar 1906:

Bismarck — ein indischer Göze.

Ein New-Yorker Missionar, welcher aus Südamerika zurückgekehrt ist, erzählt, daß er dort einen indianischen Volksstamm angetroffen habe, welcher Bismarck als einen Gözen verehrt. Namentlich im vorigen Jahre, während der großen Dürre, belustigten die Rothhäute mit Gebeten alle ihre Gözen, doch ohne Erfolg. Der Häuptling dieses Stammes beschloß also, einen neuen Gözen anzuschaffen. Er erinnerte sich insbesondere, daß er bei einem deutschen Ansiedler das aus irgendeinem deutschen illustrierten Blatte ausgeschnittene und mit großer Ehrfurcht aufbewahrte Bildnis Bismarcks gesehen habe, er begab sich also zu ihm, damit er ihm seinen Gözen schenke. Der Ansiedler, welcher mit den Rothäuten nicht gerne anbinden wollte, gab deren Bitten nach, worauf die Indianer mit feierlicher Prozession den neuen Gözen in den Tempel hineintrugen. Kurze Zeit darauf wurde das Land von dem gesegneten Regen heimgesucht und die Indianer setzten von jetzt ab ihre anderen Gözen ab und verehren den neuen, welchen sie Bimbarco nennen und welchem sie die in der Gegend vorkommenden Reptilien und Amphibien zum Opfer bringen. In Wirklichkeit haben sie nichts neues erfunden, das gleiche geschieht längst in Berlin! . . .

Aus Nr. 17 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 23. Januar 1906:

Die Befestigung des Königreichs Polen.

Nach dem für das laufende Jahr bestätigten Staatshaushaltsetat werden für die Verbesserung der Festungswerke 16 Millionen Rubel bewilligt. Im Königreich Polen sollen nachstehende Festungen erweitert werden: in Zgierz, Nowiec, Modlin, Demblin und Brzesz. In dem Gouvernement Lomża wird für die Artillerie ein Polygon eingerichtet werden.